

MAVO/KAGO/KDSGO

Reichold / Ritter / Gohm

2023

ISBN 978-3-406-76654-1

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Reichold/Ritter/Gohm
MAVO/KAGO/KDSGO

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

MAVO KAGO / KDSGO

Mitarbeitervertretungsordnung
Kirchliche Arbeitsgerichtsordnung
Kirchliche Datenschutzgerichtsordnung

Herausgegeben von

Dr. Hermann Reichold

em. o. Professor an der Universität Tübingen

Dr. Thomas Ritter

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht und Medizinrecht, Berlin

Dr. Christian Gohm

Richter am Arbeitsgericht, Freiburg

Bearbeitet von

Magdalena Fauth, RAin, Freiburg; Dr. Christian Gohm, RiArbG, Freiburg;
Wolfgang Gundel, RiArbG, Freiburg; Prof. Dr. Judith Hahn, Universität Bonn;
Prof. Dr. Elisabeth Hartmeyer, Katholische Hochschule Freiburg;
Prof. Dr. Steffen Klumpp, Universität Erlangen; Dr. Stefan Korta, RA, Buchloe;
Dr. Thomas Kühn, RiArbG Berlin; Dr. Klaus Mayerhöffer, Direktor RiArbG a.D.,
Schwäbisch Gmünd; Dr. Sebastian Pfrang, RA, Frankfurt;
em. o. Prof. Dr. Hermann Reichold, Universität Tübingen; Dr. Thomas Ritter, RA,
FAArbR, FAMedR, Berlin; Dr. Jörg Vogel, RA, FAArbR, Freiburg;
Christhard Weiß, RiArbG, Neuruppin; Sebastian Witt, RA, FAArbR, Bonn

2023



C.H.BECK

Zitervorschlag:
Reichold/Ritter/Gohm/*Bearbeiter* MAVO § 1 Rn. 1

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 76654 1

© 2023 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Westermann Druck Zwickau GmbH
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach

Umschlaggestaltung: Ralph Zimmermann, Bureau Parapluië

CO₂
neutral

chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das kirchliche Arbeitsrecht ist eine historisch gewachsene deutsche Besonderheit, die in Europa kein zweites Mal anzutreffen ist. Davon betroffen sind nicht nur Angestellte der Amtskirche, sondern auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen der Caritas. Dem katholischen Arbeitsrecht unterliegen ca. 700.000 Beschäftigte, davon etwa 600.000 im Bereich der privatrechtlich organisierten Einrichtungen der Caritas. Für sie alle gilt daher kein säkulares (weltliches) Mitbestimmungsrecht. Vielmehr haben die beiden großen Kirchen in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts je ein eigenes Mitbestimmungsrecht geschaffen, das jeweils eigenständig auch durch eigene Schlichtungs- und Gerichtsinstanzen durchgesetzt werden kann.

Im katholischen Bereich wird seit 1971 mit der Rahmen-Mitarbeitervertretungsordnung (MAVO) eine kirchliche Mitbestimmung ermöglicht, die Vorbild für die nach Art. 391 § 2 CIC vom jeweiligen Diözesanbischof erlassene und daher (allein) maßgebliche diözesane MAVO ist. Auch wenn der materielle Gehalt der Mitwirkungsrechte katholischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinter dem weltlichen Vorbild des Betriebsverfassungsgesetzes zurückbleibt, darf nicht übersehen werden, dass aufgrund der Norm des § 1a Abs. 1 MAVO kirchliche Einrichtungen nahezu durchgängig mit Mitarbeitervertretungen ausgestattet sind. Das lässt sich für das weltliche Betriebsverfassungsrecht keineswegs sagen, die Mitbestimmungslücken fallen dort erheblich größer aus.

Die Kommentierung der kirchlichen Mitbestimmung ist daher von großer Bedeutung für das Alltagsgeschäft der katholischen Einrichtungen in den deutschen Diözesen. Jeder Dienstgeber muss, genauso wie jede Mitarbeitervertretung, nicht nur die normativen Grundlagen und Verfahrensregeln der MAVO kennen, sondern auch deren Durchsetzung im Konfliktfall. Aus diesem Grund werden in diesem Werk auch die Normen der Kirchlichen Arbeitsgerichtsordnung (KAGO) erläutert. Die KAGO ermöglicht seit dem 1.7.2005 eine mitarbeitervertretungsrechtliche Gerichtsbarkeit in zwei Instanzen. Sie ist überdies das bislang einzige Gesetz der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) im arbeitsrechtlichen Bereich, das der bischöflichen Gesetzgebung in den einzelnen Diözesen entzogen ist und daher keine diözesanen Abweichungen ermöglicht.

Schließlich ist als jüngste wichtige Rechtsquelle für die katholischen Einrichtungen der Beschäftigtendatenschutz seit 2018 in Gestalt der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zur Herausforderung für katholische Dienstgeber geworden. Das Recht auf Schutz personenbezogener Daten bezieht sich nicht nur auf die Beschäftigten der Kirche, sondern beispielsweise auch auf die Patienten in katholischen Krankenhäusern. In Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts haben die Kirchen daher jeweils eigenständige Datenschutzgesetze erlassen. Die Vollversammlung des Verbands der Diözesen Deutschlands (VDD) hat am 20.11.2017 das „Gesetz über den Kirchlichen Datenschutz“ (KDG) sowie die Kirchliche Datenschutzgerichtsordnung (KDSGO) beschlossen und den Diözesen die Inkraftsetzung zum 24.5.2018 empfohlen. Dem sind die Diözesen gefolgt.

Vorwort

Die Herausgeber und Autoren dieses Kommentars haben also die Mühe nicht gescheut, neben der MAVO und der KAGO auch die neue kirchliche Datenschutzgerichtsordnung (KDSGO) einer Kommentierung zu unterziehen. Weil sie ihre Erfahrungen aus der Wissenschaft, wie auch aus der Gerichts- und Anwaltspraxis in die vorliegende Kommentierung einbringen konnten, ist für die Nutzerinnen und Nutzer dieses Kommentars eine sowohl rechtsdogmatisch wie auch rechtspraktisch gut handhabbare Anleitung entstanden, mit der auch komplexe Fälle zielführend einer Lösung näher gebracht werden können.

Berlin, Freiburg, Tübingen
im März 2023

Dr. Christian Gohm
Prof. Dr. Hermann Reichold
Dr. Thomas Ritter


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	LVII
Literaturverzeichnis	LXV

Einleitung

I. MAVO und KAGO als eigenständige kirchengesetzliche Regelungen im säkularen Staat	1
II. Ursprung, Inhalt und Grenzen der kirchenautonomen Betriebsverfassung	3
III. Grundordnung und Grundsatz der kirchlichen „Dienstgemeinschaft“	5
IV. Besondere Auslegungsgrundsätze, eingeschränkte Wirkung?	7

Rahmenordnung für eine Mitarbeitervertretungsordnung – MAVO –

Präambel	11
I. Grundlegende Einordnung	12
II. Dreifache Sendung	14
III. Religiöse Dimension	16
IV. Die Mitarbeitenden	17
V. Dienstgemeinschaft	18
VI. Beteiligungsanspruch	24
VII. Mitwirkungsbedingungen	25
VIII. Vertrauensvolle Kooperation	26
IX. Selbstbestimmungsrecht	27
X. Grundordnungsbezug	30

Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich	31
I. Die MAVO als Rechtsquelle	32
II. Die Systematik der Geltungsregeln	32
1. Sachlicher Geltungsbereich	32
2. Räumlicher Geltungsbereich („Territorialitätsprinzip“)	36
III. Prozessuales	37
§ 1a Bildung von Mitarbeitervertretungen	37
I. Im Grundsatz: Errichtungspflicht (Abs. 1)	38
1. Initiativpflicht des Dienstgebers	38
2. Rechtsstellung der Mitarbeitervertretung	39
II. Ausnahme: Zustimmungslösung bei Spaltung oder Fusion (Abs. 2)	40
III. Prozessuales	42

Inhaltsverzeichnis

§ 1b Gemeinsame Mitarbeitervertretung	43
I. Zweck und Modelle der gemeinsamen Mitarbeitervertretung	43
II. Inhalt und Verfahren der Vereinbarungslösung (Abs. 1)	44
1. Freiwilligkeit beider Seiten	44
2. Dienstvereinbarung nach § 38 Abs. 1 Nr. 14	45
3. Funktionsnachfolge und Amtskontinuität	46
III. Genehmigung durch den Ordinarius (Abs. 2)	46
IV. Prozessuales	47
§ 2 Dienstgeber	47
I. „Dienstgeber“ als kirchlicher Rechtsbegriff	48
II. Zuordnung zum Rechtsträger der Einrichtung (Abs. 1)	50
1. Kirchlicher Rechtsträger	50
2. Verfasste Kirche (Körperschaften)	51
3. Privatrechtliche Rechtsträger (insbes. Caritas)	52
III. Vertretungsregelungen (Abs. 2)	52
1. Gesetzliche Vertretung bzw. bestellte Leitung (S. 1)	52
2. Beauftragung zur Vertretung (S. 2)	53
§ 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	54
I. Der umfassende persönliche Geltungsbereich	55
II. Die positive Bestimmung des Mitarbeiter-Begriffs (Abs. 1)	56
1. „Dienst- oder Arbeitsverhältnis“ (S. 1 Nr. 1)	57
2. Ordensmitglieder (S. 1 Nr. 2)	59
3. Gestellte Mitarbeiter/innen (S. 1 Nr. 3)	59
4. Auszubildende (S. 1 Nr. 4)	61
5. Ausschluss von Leiharbeitskräften (S. 2)	61
III. Ausnahmen wegen Dienstgeberfunktion (Abs. 2)	63
1. Gesetzliche Vertretung bzw. bestellte Leitung (Nrn. 1, 2)	63
2. Beauftragung zur Vertretung (Nrn. 3, 4)	64
IV. Geistliche, Rehabilitanden (Abs. 2 Nr. 5, 6)	67
1. Leitung durch Geistliche (Nr. 5)	67
2. Rehabilitationsverhältnisse (Nr. 6)	67
V. Besondere Stellung der Geistlichen und Ordensleute (Abs. 3)	68
VI. Prozessuales	69
§ 4 Mitarbeiterversammlung	69
I. Zweck der Norm	70
II. Teilnehmer der Mitarbeiterversammlung (S. 1)	71
III. Teilnahme des Dienstgebers (S. 2)	72
IV. Ausnahmsweise: Teilversammlungen (S. 3)	73
V. Prozessuales	74
§ 5 Mitarbeitervertretung	74
I. Zweck der Norm	75
II. Rechtliche Folgen der „Organstellung“ der MAV	76
III. Rechtsstellung und Haftung der MAV-Mitglieder	77

Die Mitarbeitervertretung

§ 6 Voraussetzung für die Bildung der Mitarbeitervertretung – Zusammensetzung der Mitarbeitervertretung	79
I. Allgemeines	80
II. Voraussetzungen der Bildung einer Mitarbeitervertretung (§ 6 Abs. 1)	80
1. Begriff der Einrichtung	80
2. Mindestzahl an Wahlberechtigten und wählbaren Personen	81
3. Regelmäßige Beschäftigung	82
III. Größe der Mitarbeitervertretung (§ 6 Abs. 2)	83
IV. Wahl einer Mitarbeitervertretung in einer Einrichtung mit nicht selbstständig geführten Stellen (§ 6 Abs. 3)	85
V. Repräsentation von Dienstbereichen, Gruppen und Geschlechtern (§ 6 Abs. 4)	87
VI. Stichtag für Zahl der Mitglieder (§ 6 Abs. 5)	88
VII. Prozessuales	88
VIII. Vergleichbare Vorschriften	89
§ 7 Aktives Wahlrecht	90
I. Allgemeines	91
II. Voraussetzungen der Wahlberechtigung (§ 7 Abs. 1)	91
1. Wahltag als Stichtag	91
2. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	92
3. Vollendung des 18. Lebensjahres	92
4. Mindestens sechs Monate ohne Unterbrechung in Einrichtung desselben Dienstgebers tätig	92
5. Eintragung in das Wählerverzeichnis?	94
III. Wahlberechtigung besonderer Personen (§ 7 Abs. 2–3)	94
1. Abgeordnete Mitarbeiter (§ 7 Abs. 2)	95
2. Leiharbeitskräfte (§ 7 Abs. 2a)	96
3. Auszubildende (§ 7 Abs. 3)	97
IV. Ausschluss der Wahlberechtigung (§ 7 Abs. 4)	98
1. Mit Besorgung aller Angelegenheiten befasster nicht nur vorübergehend bestellt Betreuer (§ 7 Abs. 4 Nr. 1)	98
2. Am Wahltag für mindestens noch sechs Monate unter Wegfall der Bezüge beurlaubt (§ 7 Abs. 4 Nr. 2)	98
3. In Freistellungsphase eines nach dem Blockmodell vereinbarten Altersteilzeitverhältnisses (§ 7 Abs. 4 Nr. 3)	100
V. Prozessuales	100
VI. Vergleichbare Vorschriften	101
§ 8 Passives Wahlrecht	101
I. Allgemeines	101
II. Voraussetzungen der Wählbarkeit (§ 8 Abs. 1)	102
1. Wahltag als Stichtag	102
2. Wahlberechtigung gemäß § 7	102
3. Mindestens ein Jahr ohne Unterbrechung im kirchlichen Dienst	103

Inhaltsverzeichnis

4. Ununterbrochen seit sechs Monaten in einer Einrichtung desselben Dienstgebers tätig	104
III. Ausschluss der Wählbarkeit (§ 8 Abs. 2)	104
IV. Prozessuales	106
V. Vergleichbare Vorschriften	107
§ 9 Vorbereitung der Wahl	107
I. Allgemeines	108
II. Wahltagbestimmung durch die Mitarbeitervertretung (§ 9 Abs. 1)	108
III. Bestellung der Mitglieder des Wahlausschusses (§ 9 Abs. 2)	109
IV. Ausscheiden eines Mitglieds aus dem Wahlausschuss (§ 9 Abs. 3) ..	110
V. Aufstellung des Wählerverzeichnisses und Einspruch (§ 9 Abs. 4) ..	111
1. Erstellung einer Liste der wahlberechtigten und wählbaren Personen	111
2. Auslegung zur Einsichtnahme	112
3. Einspruch gegen die Eintragung oder Nichteintragung	112
4. Entscheidung des Wahlausschusses über den Einspruch	113
VI. Wahlvorschläge durch die Wahlberechtigten (§ 9 Abs. 5–7)	113
1. Aufforderung zur Abgabe von Wahlvorschlägen	113
2. Einreichung von Wahlvorschlägen	114
3. Prüfung der Wählbarkeit durch den Wahlausschuss	114
VII. Bekanntgabe der kandidierenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (§ 9 Abs. 8)	115
VIII. Prozessuales	116
IX. Vergleichbare Vorschriften	116
§ 10 Dienstgeber-Vorbereitungen zur Bildung einer Mitarbeitervertretung	116
I. Allgemeines	117
II. Einladung zur Mitarbeiterversammlung (§ 10 Abs. 1 S. 1, Abs. 1a MAVO)	118
III. Wahl des Wahlausschusses und dessen Befugnisse (§ 10 Abs. 1 S. 2–4)	118
1. Leitung der Mitarbeiterversammlung (§ 10 Abs. 1 S. 2)	118
2. Wahl des Wahlausschusses durch die Mitarbeiterversammlung (§ 10 Abs. 1 S. 3)	119
3. Befugnisse und Pflichten des Wahlausschusses (§ 10 Abs. 1 S. 3, S. 4)	119
IV. Scheitern der Bildung eines Wahlausschusses (§ 10 Abs. 2)	120
V. Sonderregelung für neue Einrichtungen (§ 10 Abs. 3)	120
VI. Prozessuales	120
VII. Vergleichbare Vorschriften	121
§ 11 Durchführung der Wahl	121
I. Allgemeines	122
II. Wahlrechtsgrundsätze (§ 11 Abs. 1)	122
III. Wahl durch Abgabe von Stimmzetteln (§ 11 Abs. 2, Abs. 3)	123
1. Ausgestaltung des Stimmzettels	123

2. Kennzeichnung durch Ankreuzen, Höchstzahl der Stimmen, Ungültigkeit des Stimmzettels	124
3. Einwurf des Stimmzettels in die Wahlurne	124
IV. Briefwahl (§ 11 Abs. 4, Abs. 4a)	124
V. Feststellung des Wahlergebnisses und Bekanntgabe (§ 11 Abs. 5–7)	125
VI. Aufbewahrung der Wahlunterlagen, Kosten der Wahl (§ 11 Abs. 8)	127
VII. Prozessuales	128
VIII. Vergleichbare Vorschriften	128

§§ 11a bis c Vereinfachtes Wahlverfahren

§ 11a Voraussetzungen	129
I. Allgemeines	129
II. Voraussetzungen für die Durchführung eines vereinfachten Wahlverfahrens	129
1. Wahlmöglichkeit im vereinfachten Verfahren (§ 11a Abs. 1)	130
2. Kein Ausschluss durch die Mitarbeiterversammlung (§ 11a Abs. 2)	130
III. Prozessuales	130
IV. Vergleichbare Vorschriften	131
§ 11b Vorbereitung der Wahl	131
I. Allgemeines	131
II. Vorbereitung der Wahl im vereinfachten Wahlverfahren	131
III. Prozessuales	132
IV. Vergleichbare Vorschriften	132
§ 11c Durchführung der Wahl	132
I. Allgemeines	133
II. Durchführung der Wahl im vereinfachten Verfahren	133
1. Leitung der Wahlversammlung (§ 11c Abs. 1)	133
2. Ablauf der Wahl (§ 11c Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4)	133
3. Sonstiges (§ 11c Abs. 4)	134
III. Prozessuales	134
IV. Vergleichbare Vorschriften	134
§ 12 Anfechtung der Wahl	135
I. Allgemeines	135
II. Zulässigkeit der Wahlanfechtung (§ 12 Abs. 1)	136
III. Entscheidung des Wahlausschusses über die Wahlanfechtung (§ 12 Abs. 2)	137
IV. Klage beim Kirchlichen Arbeitsgericht (§ 12 Abs. 3)	139
V. Folgen einer für ungültig erklärten Wahl (12 Abs. 4, Abs. 5)	139
VI. Kosten, Prozessuales	140
VII. Vergleichbare Vorschriften	140
§ 13 Amtszeit der Mitarbeitervertretung	140
I. Allgemeines	142
II. Einheitlicher Wahlzeitraum (§ 13 Abs. 1)	142

Inhaltsverzeichnis

III. Regelmäßige Amtszeit (§ 13 Abs. 2)	143
1. Beginn	143
2. Ende	145
3. Dauer	145
IV. Vorzeitige Neuwahlen (§ 13 Abs. 3 Nr. 1–6)	145
1. Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten (Nr. 1)	146
2. Reduzierte Gesamtzahl der Mitglieder der Mitarbeitervertretung (Nr. 2)	147
3. Rücktrittsbeschluss der Mitarbeitervertretung (Nr. 3)	148
4. Erfolgreiche Anfechtung der Wahl der Mitarbeitervertretung (Nr. 4)	149
5. Misstrauensvotum der Mitarbeiterversammlung (Nr. 5)	149
6. Auflösung der Mitarbeitervertretung durch rechtskräftige Entscheidung der kirchlichen Gerichte für Arbeitsachen (Nr. 6)	149
V. Wahl bei Nichtbestehen einer Mitarbeitervertretung (§ 13 Abs. 4)	151
VI. Folgen einer Wahl außerhalb des einheitlichen Wahlzeitraums (§ 13 Abs. 5)	152
VII. Prozessuales	152
VIII. Vergleichbare Vorschriften	153
§ 13a Weiterführung der Geschäfte	153
I. Allgemeines	154
II. Voraussetzungen für Weiterführung der Geschäfte gemäß § 13a ...	154
III. Dauer und Inhalt der Geschäftsführung, Personelle Zusammensetzung und Kosten	155
1. Dauer	155
2. Inhalt	155
3. Personelle Zusammensetzung	156
4. Kosten	156
IV. Prozessuales	156
V. Vergleichbare Vorschriften	156
§ 13b Ersatzmitglied, Verhinderung des ordentlichen Mitglieds und ruhende Mitgliedschaft	156
I. Allgemeines	157
II. Ausscheiden eines Mitglieds aus der Mitarbeitervertretung, Eintritt des nächstberechtigten Ersatzmitglieds (§ 13b Abs. 1)	157
1. Voraussetzungen des Ausscheidens	158
2. Eintritt des nächstberechtigten Ersatzmitglieds	158
III. Zeitweilige Verhinderung eines Mitglieds der Mitarbeitervertretung (§ 13b Abs. 2)	159
1. Voraussetzungen einer zeitweiligen Verhinderung, Entscheidungsbefugnis der Mitarbeitervertretung	159
2. Eintreten des nächstberechtigten Ersatzmitglieds	161
IV. Ruhen der Mitgliedschaft in der Mitarbeitervertretung (§ 13b Abs. 3)	161
1. Voraussetzungen des Ruhens	161

2. Eintreten des nächstberechtigten Ersatzmitglieds	162
V. Prozessuales	162
VI. Vergleichbare Vorschriften	162
§ 13c Erlöschen der Mitgliedschaft	162
I. Allgemeines	163
II. Erlöschen der Mitgliedschaft in der Mitarbeitervertretung (§ 13c Nr. 1–4)	163
1. Ablauf der Amtszeit der Mitarbeitervertretung (§ 13c Nr. 1) ...	164
2. Niederlegung des Amtes (§ 13c Nr. 2)	164
3. Ausscheiden aus der Einrichtung oder Eintritt in die Freistellungsphase (§ 13c Nr. 3)	165
4. Rechtskräftige Entscheidung der kirchlichen Gerichte für Arbeitsachen (§ 13c Nr. 4)	167
III. Prozessuales	169
IV. Vergleichbare Vorschriften	170
§ 13d Übergangsmandat	170
I. Allgemeines	171
II. Voraussetzung des Übergangsmandats gemäß § 13d Abs. 1, Abs. 2	172
1. Spaltung einer Einrichtung (§ 13d Abs. 1)	173
2. Zusammenlegung von Einrichtungen oder Teilen von Einrichtungen (§ 13d Abs. 2)	174
III. Dauer, Inhalt, Personelle Zusammensetzung und Kosten des Übergangsmandats	175
1. Dauer	175
2. Inhalt	175
3. Personelle Zusammensetzung	176
4. Kosten	177
IV. Spaltung und Zusammenlegung im Zusammenhang mit Betriebsveräußerung oder Umwandlung (§ 13d Abs. 3)	177
V. Eingliederung einer Einrichtung in Bezug auf den MAVO-Geltungsbereichs (§ 13d Abs. 4)	178
VI. Verhältnis zum Restmandat	179
VII. Prozessuales	179
VIII. Vergleichbare Vorschriften	179
§ 13e Restmandat	179
I. Allgemeines	180
II. Untergang einer Einrichtung durch Stilllegung, Spaltung oder Zusammenlegung	180
1. Stilllegung	181
2. Spaltung	181
3. Zusammenlegung	182
III. Dauer, Inhalt, Personelle Zusammensetzung und Kosten des Restmandats	182
1. Dauer	182
2. Inhalt	182
3. Personelle Zusammensetzung	183

Inhaltsverzeichnis

4. Kosten	183
IV. Verhältnis zum Übergangsmandat	184
V. Prozessuales	184
VI. Vergleichbare Vorschriften	184
§ 14 MAVO Tätigkeit der Mitarbeitervertretung	185
I. Übersicht	186
II. Konstituierung der Mitarbeitervertretung	187
1. Vergleichbare Vorschriften im staatlichen und evangelischen Recht	187
2. Einberufung der Mitarbeitervertretung	187
3. Wahlen	188
III. Vertrauensentzug	190
IV. Vertretung der Mitarbeitervertretung nach außen, § 14 Abs. 1 S. 4 und S. 5	191
1. Vertretung im Rahmen der gefassten Beschlüsse	191
2. Entgegennahme von Erklärungen	192
V. Die Sitzungen der Mitarbeitervertretung, § 14 Abs. 3 bis 6	193
1. Einberufung und Leitung	193
2. Vorbereitung und Ablauf der Sitzungen	193
3. Beschlussfassung, § 14 Abs. 5	196
4. Niederschrift, § 14 Abs. 6	199
5. Sitzungsmängel und Rechtsfolgen	200
6. Exkurs: Virtuelle Sitzungen und Beschlussfassung bei unabwendbaren Ereignissen, § 14 Abs. 4 S. 4 und 5	201
VI. Verwahrung der Unterlagen der Mitarbeitervertretung, § 14 Abs. 7	204
VII. Geschäftsordnung, § 14 Abs. 8	204
VIII. Ausschüsse, § 14 Abs. 10	206
IX. Sprechstunden	207
§ 15 Rechtsstellung der Mitarbeitervertretung	208
I. Übersicht und Geltungsbereich	210
II. Ehrenamt, Abs. 1	211
1. Vergleichbare Vorschriften im staatlichen und evangelischen Recht	211
2. Normzweck	211
3. Weisungsrecht und Arbeitszeit	212
4. Prinzip der Unentgeltlichkeit	212
III. Freistellung, Abs. 2 und Abs. 3	213
1. Freistellung im notwendigen Umfang, Abs. 2 (Anlass-Freistellung)	213
2. Pauschale Freistellung, Abs. 3	217
3. Rechtsfolgen der Freistellung	223
IV. Freizeitausgleich, Abs. 4	227
1. Voraussetzungen des Anspruchs auf Freizeitausgleich	228
2. Freizeitausgleich unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts	230
3. Abgeltung	231
4. Geltendmachung	232

V. Einigungsstelle, Abs. 5	232
VI. Reisezeiten, Abs. 6	233
§ 16 Schulung der Mitarbeitervertretung und des Wahlausschusses	234
I. Überblick	235
II. Entsprechende Vorschriften im BetrVG, BPersVG und MVG-EKD	236
1. §§ 37 Abs. 6, 7 BetrVG, 54 Abs. 1, 2 BPersVG	236
2. § 19 Abs. 3 MVG-EKD	237
III. Voraussetzungen für den Anspruch auf Arbeitsbefreiung	238
1. Anspruchsinhaber	238
2. Schulungsteilnehmer	239
3. Schulungsveranstaltungen	241
4. Erforderlichkeit	241
5. Anerkennung als geeignet	249
6. Keine entgegenstehenden dienstlichen oder betrieblichen Erfordernisse	252
IV. Freistellungsverfahren	253
1. Beschluss durch die Mitarbeitervertretung	253
2. Antragserfordernis	254
3. Streitigkeiten	255
V. Rechtsfolgen	256
1. Arbeitsbefreiung	256
2. Fortzahlung der Bezüge	257
3. Kostenerstattung/Kostentragung	258
VI. Mitglieder des Wahlausschusses, Abs. 2	259
1. Voraussetzungen für den Anspruch auf Arbeitsbefreiung	259
2. Freistellungsverfahren	259
3. Rechtsfolgen	260
4. Anwendung des § 16 Abs. 1 S. 2, 3	260
VII. Mitglieder des Wirtschaftsausschusses, Abs. 3	260
§ 17 Kosten der Mitarbeitervertretung	261
I. Überblick	263
II. Anwendungsbereich	264
1. Verweisungsnormen	264
2. Entsprechende Geltung für gemeinsame Mitarbeitervertretungen und erweiterte Gesamtmitarbeitervertretungen	264
3. Kostentragungspflicht in den Fällen der §§ 13a, d sowie bei Nichtigkeit der Wahl einer Mitarbeitervertretung	265
III. Die Kostentragungspflicht des Dienstgebers, Abs. 1	266
1. Anspruchsinhaber	266
2. Voraussetzungen für die Entstehung der Kostentragungspflicht	266
3. Reisekosten, Abs. 1 S. 1	269
4. Kosten für die Teilnahme an Schulungsveranstaltungen, Abs. 1 S. 2, 1. Spiegelstrich	272
5. Kosten für die Beiziehung sachkundiger Personen Abs. 1 S. 2, 2. Spiegelstrich	273

Inhaltsverzeichnis

6. Beauftragung eines Bevollmächtigten in Verfahren vor der Einigungsstelle bzw. vor den Kirchlichen Gerichten für Arbeitssachen, Abs. 1 S. 2, 3. und 4. Spiegelstrich	276
7. Aufwendungen der einzelnen Mitglieder der Mitarbeitervertretung	280
8. Modalitäten der Kostenerstattung	281
9. Haftung	281
10. Geltendmachung des Kostenerstattungsanspruchs	283
11. Ersatzansprüche des Dienstgebers	285
IV. Zurverfügungstellung sachlicher und personeller Hilfen (Abs. 2)	285
1. Räumlichkeiten	286
2. Sachliche Hilfen	288
3. Personelle Hilfen	294
V. Gemeinsame Mitarbeitervertretungen und erweiterte Gesamtmitarbeitervertretungen, Abs. 3	295
§ 18 MAVO Schutz der Mitglieder der Mitarbeitervertretung	296
I. Allgemeines, Zweck der Vorschrift	297
II. Freiheit der Amtsausübung, Abs. 1	298
1. Persönlicher Anwendungsbereich	298
2. Behinderungsverbot	299
3. Benachteiligungsverbot	301
4. Begünstigungsverbot	304
5. Dauer des Schutzes	306
6. Rechtsschutzmöglichkeiten	307
III. Schutz des Arbeitsentgelts, Abs. 1a	307
1. Allgemeines	307
2. Maßstab	308
3. Bemessung	309
4. Dauer	310
§ 19 Kündigungsschutz	310
I. Allgemeines	312
1. Entwicklung der Vorschrift	312
2. Zweck der Vorschrift	313
II. Geschützter Personenkreis	314
III. Außerordentliche Kündigung, Abs. 1 S. 1	314
1. Voraussetzungen für den Ausspruch einer außerordentlichen Kündigung	314
2. Ausspruch und Verfahren	317
3. Rechtsschutz	319
IV. Ordentliche Kündigung, Abs. 1 S. 2	319
1. Verhältnis der außerordentlichen Kündigung	319
2. Kündigungsgründe	319
V. Dauer des Sonderkündigungsschutzes	324
VI. Nachwirkender Kündigungsschutz, Abs. 1 S. 3, Abs. 2 S. 1	325
VII. Konkurrenz zum Amtsverlust	325
VIII. Mitglieder des Wahlausschusses und Wahlbewerber, Abs. 2	326

IX. Ordentliche Kündigung bei Schließung oder Teilschließung der Einrichtung, Abs. 3	327
X. Verfahren	327
XI. Rechtsschutz	328
§ 20 Schweigepflicht	328
I. Zweck der Norm	328
II. Persönlicher Anwendungsbereich	329
III. Inhalt und Umfang der Schweigepflicht	329
1. Dienstliche Angelegenheiten	330
2. Kenntniserlangung aufgrund der Zugehörigkeit zur MAV	330
3. Verschwiegenheitsanfordernis	331
IV. Ausnahmen, S. 3 und 4	331
V. Dauer der Schweigepflicht	332
VI. Folgen der Verletzung der Schweigepflicht	333
VII. Streitigkeiten	334

Mitarbeiterversammlung

§ 21 Einberufung der Mitarbeiterversammlung	335
I. Allgemeines	336
II. Grundsatz der Nichtöffentlichkeit	336
III. Die ordentliche Mitarbeiterversammlung (Abs. 1, 2)	337
1. Anzahl der Mitarbeiterversammlungen	337
2. Einberufung, Einladung und Leitung	338
3. Tagesordnung	338
IV. Die außerordentliche Mitarbeiterversammlung (Abs. 3)	339
1. Von den Wahlberechtigten einberufen	340
2. Von dem Dienstgeber einberufen	341
V. Zeitliche Lage, Vergütung, Fahrtkosten (Abs. 4)	341
1. Zeitliche Lage	341
2. Vergütung	342
3. Fahrtkosten	343
VI. Prozessuales	344
§ 22 Aufgaben und Verfahren der Mitarbeiterversammlung	344
I. Allgemeines	345
II. Beratungsgegenstände	345
1. Zulässige Beratungsgegenstände	345
2. Unzulässige Beratungsgegenstände	346
III. Tätigkeitsbericht	347
IV. Antragsrecht und Stellungnahmen	348
1. Antragsrecht	348
2. Recht zur Stellungnahme	348
3. Zulässigkeit und Bindungswirkung	349
V. Beschlüsse der Mitarbeiterversammlung (Abs. 3)	350
VI. Insbesondere: Misstrauensvotum (Abs. 2)	350
VII. Niederschrift und Anwesenheitsliste (Abs. 4)	352

Inhaltsverzeichnis

Sonderregelungen für gemeinsame Mitarbeitervertretungen

§ 22a Sonderregelungen für gemeinsame Mitarbeitervertretungen nach § 1b	353
I. Allgemeines	353
II. Status der gemeinsamen Mitarbeitervertretung	354
III. Gemeinschaftliches Handeln der Dienstgeber (Abs. 1 S. 1, 2, 4) ...	354
IV. Getrenntes Handeln der Dienstgeber (Abs. 1 S. 3)	355
V. Wahlrechte wechselnder Mitarbeiter/innen (Abs. 2)	355
VI. Wahlverfahren für die gemeinsame Mitarbeitervertretung (Abs. 3)	355
VII. Mitarbeiterversammlung (Abs. 4)	356

Besondere Formen der Vertretung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

§ 23 Sondervertretung	357
I. Allgemeines	357
II. Zweck der Norm	358
III. Voraussetzungen der Bildung einer Sondervertretung (Abs. 1)	358
1. Begriff des „Rechtsträgers“	359
2. Begriff der „Zuordnung“	359
IV. Status der Sondervertretung	360
V. Beteiligungsrechte der Sondervertretung (Abs. 2)	360
VI. Diözesane Besonderheiten	361
VII. Sonderbestimmungen (Abs. 3)	361
VIII. Besonderheiten beim Wahlrecht	362
1. Mehrfaches Wahlrecht	362
2. Doppelmandat	362
IX. Prozessuales	363
§ 24 Gesamtmitarbeitervertretung und erweiterte Gesamtmitarbeitervertretung	363
I. Allgemeines	365
II. Voraussetzungen der Bildung einer Gesamt-MAV (Abs. 1)	366
1. Mehrere Mitarbeitervertretungen bei einem Dienstgeber	366
2. Bildung nur auf Antrag	367
3. Quorum	367
III. Voraussetzungen der Bildung einer erweiterten Gesamt-MAV (Abs. 2)	368
IV. Durchführung der Bildung einer (erweiterten) Gesamt-MAV (Abs. 3)	369
V. Zusammensetzung (Abs. 4)	371
VI. Stimmengewichtung (Abs. 5)	371
VII. Zuständigkeit (Abs. 6)	372
1. Voraussetzungen für die originäre Zuständigkeit der (erweiterten) Gesamt-MAV	373
2. Übertragung des Verhandlungsmandats	373
VIII. Amtszeit (Abs. 7)	374

IX. Auflösung der Gesamt-MAV und der erweiterten Gesamt-MAV (Abs. 8)	374
X. Rechtsstellung und sinngemäße Geltung der MAVO (Abs. 9)	375
XI. Prozessuales	375
§ 25 Arbeitsgemeinschaften der Mitarbeitervertretungen	376
I. Allgemeines	378
II. Bildung der diözesanen Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (Abs. 1)	379
III. Aufgaben der DiAG (Abs. 2)	380
1. Informations- und Erfahrungsaustausch (Abs. 2 Nr. 1)	380
2. Beratung der Mitarbeitervertretungen (Abs. 2 Nr. 2)	381
3. Beratung der Mitarbeitervertretung im Falle des § 38 Abs. 2 (Abs. 2 Nr. 3)	381
4. Förderung der Anwendung der Mitarbeitervertretungsordnung (Abs. 2 Nr. 4)	382
5. Sorge um die Schulung der Mitglieder der Mitarbeitervertretungen (Abs. 2 Nr. 5)	382
6. Erarbeitung von Vorschlägen zur Fortentwicklung der Mitarbeitervertretungsordnung (Abs. 2 Nr. 6)	382
7. Zusammenarbeit mit Kommissionen iSv Art. 7 Abs. 1 GrO (Abs. 2 Nr. 7)	383
8. Erstellung von Beisitzerlisten nach § 44 Abs. 2 S. 1 (Abs. 2 Nr. 8)	383
9. Mitwirkung an der Wahl zu einer nach Art. 7 GrO zu bildenden Kommission zur Ordnung des Arbeitsvertragsrechts (Abs. 2 Nr. 9)	383
10. Mitwirkung bei der Besetzung der Kirchlichen Arbeitsgerichte (Abs. 2 Nr. 10)	384
11. Beratung der Mitarbeitervertretungen bei der Bildung einer Gesamt-MAV oder erweiterten Gesamt-MAV nach § 24 (Abs. 2 Nr. 11)	384
IV. Gesprächspartner der diözesanen Arbeitsgemeinschaft	384
V. Organe der diözesanen Arbeitsgemeinschaft (Abs. 3 S. 1)	384
1. Die Mitgliederversammlung	384
2. Der Vorstand	385
VI. Kostentragung, Arbeitsfreistellung und Freizeitausgleich (Abs. 4) ..	385
VII. Bundesarbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (Abs. 5) ..	386
1. Zusammenschluss der DiAGen	386
2. Aufgaben	386
VIII. Richtlinien für die BAG-MAV	388
IX. Prozessuales	391
Zusammenarbeit zwischen Dienstgeber und Mitarbeitervertretung	
§ 26 Allgemeine Aufgaben der Mitarbeitervertretung	392
I. Allgemeines	393
II. Vorrangig: Vertrauensvolle Zusammenarbeit (Abs. 1)	394

Inhaltsverzeichnis

1. Gegenseitige Unterstützung als „Einrichtungspartnerschaft“ (S. 1)	395
2. Gleichbehandlung nach „Recht und Billigkeit“ (S. 2)	396
3. Mitverantwortung der Mitarbeitervertretung (S. 3)	398
III. Recht auf Vorlage von Unterlagen (Abs. 2)	399
1. Allgemeines Vorlagerecht bei Erforderlichkeit (S. 1)	399
2. Einsichtsrecht in die Personalakte (S. 2)	400
IV. Allgemeine Aufgaben (Abs. 3)	401
1. Anregungen und Beschwerden (Nr. 1, 2)	401
2. Eingliederungs- und Förderungsmaßnahmen (Nr. 3 bis 5)	402
3. Zusammenarbeit mit den Jugendlichen- und Auszubildenden- Sprecher/innen (Nr. 6)	403
4. Einsatz für den Arbeits- und Gesundheitsschutz (Nr. 7)	403
5. Einsatz für frauen- und familienfreundliche Arbeitsbedingungen (Nr. 8)	404
6. Benennung von Mitgliedern der Mitarbeiterseite für Kommissionen (Nr. 9)	405
7. Durchsetzung der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern (Nr. 10)	405
V. Teilnahme an Personalgesprächen (Abs. 3a)	406
VI. Mitwirkung an der Wahl der KODA (Abs. 4)	407
VII. Prozessuales	408
§ 27 Information	408
I. Systematik Informationsrechte und Informationspflichten	410
II. Angelegenheiten, welche die Dienstgemeinschaft betreffen	410
III. Form der Information nach § 27	412
IV. Grundsätzlich kein rückwärtiger Auskunftsanspruch der MAV	412
V. § 27 und Datenschutz	413
VI. Nicht abschließender Katalog in § 27 Abs. 2	414
VII. Ausdrücklich geregelte Fallgruppen (§ 27 Abs. 2)	414
1. Informationspflicht bei Stellenausschreibungen (§ 27 Abs. 2 erster Spiegelstrich)	414
2. Informationspflicht bei Änderungen und Ergänzungen des Stellenplanes (§ 27 Abs. 2 zweiter Spiegelstrich)	415
3. Informationspflicht betreffend die Behandlung der von der Mitarbeitervertretung vorgetragene Anregungen und Beschwerden (§ 27 Abs. 2 dritter Spiegelstrich)	417
4. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen und Vermittlungsvorschläge nach § 164 Abs. 1 S. 4 SGB IX (§ 27 Abs. 2 vierter Spiegelstrich)	417
5. Informationspflicht bei Einrichtung von Langzeitkonten und deren Inhalt (§ 27 Abs. 2 fünfter Spiegelstrich)	418
6. Informationspflicht betreffend den für ihren Zuständigkeitsbereich maßgeblichen Inhalt des Verzeichnisses gem. § 163 Abs. 1 SGB IX sowie der Anzeige gem. § 163 Abs. 2 S. 1 SGB IX (§ 27 Abs. 2 sechster Spiegelstrich) ...	419
VIII. Sonderregeln in diözesaner MAVO	419

IX. Nicht ausdrücklich in § 27 Abs. 2 geregelte Fallgruppen (Beispiele)	420
1. Arbeitsunfälle	420
2. Mitteilung von Schwangerschaften	420
3. Einstellung freiberuflicher Betriebsärzte; Fremdvergabe	421
4. Zielvereinbarungen	421
5. Betriebsübergang; Umwandlung	422
6. Betriebliches Eingliederungsmanagement	422
7. Einrichtung eines Meldesystems nach dem neuen Hinweisgeberschutzrecht	423
8. Umsetzung und Implementierung der Vorgaben der Grundordnung 2022	423
X. Limitierter Rechtsschutz	424
§ 27a Information in wirtschaftlichen Angelegenheiten	424
I. Allgemeines	426
1. Zweck und Systematik der §§ 27a, 27b	426
2. Sonderregelungen in diözesanen MAVOen	428
II. Anwendungsbereich	428
1. Einrichtung	428
2. Schwellenwert	429
3. Drittfinanzierung	430
III. Wirtschaftliche Angelegenheiten	432
1. Allgemeines	432
2. Gesetzliche Fallgruppen	433
IV. Unterrichtsrecht der MAV	438
1. Unterrichtspflicht des Dienstgebers	438
2. Adressaten der Unterrichtung	438
3. Rechtzeitige Information	438
4. Schriftlich	439
5. Vorzulegende Unterlagen	440
6. Anregungsrecht	441
7. Erlangen von Sachkunde	441
V. Kleinere Einrichtungen	442
VI. Geheimnisschutz	442
VII. Streitigkeiten	444
§ 27b Wirtschaftsausschuss	444
I. Allgemeines	446
II. Voraussetzungen	448
1. Fakultative Einrichtung	448
2. Errichtung durch die (erweiterte) GesamtMAV	449
3. Schwellenwert	449
4. Drittfinanzierung	450
III. Unterrichtung durch den Dienstgeber	451
1. Unterrichtungspflichtiger	451
2. Inhalt	451
IV. Aufgaben des Wirtschaftsausschusses	452
1. Beratung mit dem Dienstgeber	452

Inhaltsverzeichnis

2. Unterrichtung der (Gesamt)MAV	453
V. Organisatorisches	453
1. Bildung des Wirtschaftsausschusses	453
2. Mitglieder des WirtA	453
3. Sitzungen	456
VI. Streitigkeiten	458
§ 28 Formen der Beteiligung, Dienstvereinbarung	458
I. Grundsätzliches	459
1. Verfassungsrechtlicher Schutz der Entscheidungsfreiheit des Arbeitgebers bzw. des Dienstgebers; Arbeitgeber-/ Dienstgeberfreiheit nach dem GG	460
2. Schutz der Entscheidungsfreiheit kirchlicher Dienstgeber im europäischen Recht	462
3. Der verfassungsrechtliche Schutz der Rechtsposition der Mitarbeitervertretung	464
II. Zwei allgemeine Bedingungen für die Einschränkung der kirchlichen Selbstbestimmung in § 28 Abs. 1 S. 1	465
1. Der zwingende (§ 55) Rahmen der Zuständigkeit der Einrichtung	465
2. Der zwingende (§ 55) Rahmen der typisierenden Bestimmung der zulässigen Beteiligungsformen der MAV	467
3. Übersicht Beteiligungsformen § 28 Abs. 1	468
4. Formen der Beteiligung der MAV nach § 28 Abs. 1	469
5. Dienstvereinbarungen (§ 28 Abs. 2)	471
§ 28a Aufgaben und Beteiligung der Mitarbeitervertretung zum Schutz schwerbehinderter Menschen	474
I. § 28a im Mehrebenensystem des gesetzlichen Schutzes schwerbehinderter Menschen	475
II. Der Begriff der schwerbehinderten Menschen	478
III. Überwachungspflicht der MAV (§ 28a Abs. 1)	479
IV. Förderung der Eingliederung schwerbehinderter Menschen (§ 28a Abs. 1)	481
V. Hinwirken auf die Wahl der Schwerbehindertenvertretung	483
1. Normadressat	483
2. Maßgebliches Wahlrecht	483
3. Wahl von Vertrauensperson und Stellvertretern	483
4. Aushang des Wahlausschreibens	483
5. Zuordnungsprobleme bei Zusammenfassung von Dienststellen gemäß § 177 Abs. 1 S. 4 SGB IX	484
VI. Auftreten ernsthafter Schwierigkeiten im Beschäftigungsverhältnis eines schwerbehinderten Menschen (§ 28a Abs. 2)	484
VII. Unterrichtungspflicht gegenüber Schwerbehindertenvertretung	486
VIII. Inklusionsvereinbarung (§ 28a Abs. 2)	486
1. Begrifflichkeit	486
2. Rechtsnatur; keine subjektiven Rechte	487
3. Verhandlungsanspruch	487

4. Inhalt einer Inklusionsvereinbarung	487
5. Bestandsschutz für Alt-Verträge	488
IX. Kirchliches Arbeitsgericht	489
1. Prüfung Einhaltung und Wirksamkeit Integrationsvereinbarung	489
2. Prüfung Rechtsgrundlagen Schwerbehindertenvertretungsrecht ..	489
3. Parallele Zuständigkeit	489
4. Zuständigkeit der kirchlichen Datenschutzgerichtsbarkeit	490
§ 29 Anhörung und Mitberatung	490
I. Grundsätzliches	495
1. Abschließender Katalog; numerus clausus	495
2. Verfahren vor Maßnahme	495
II. Die einzelnen Anhörungs- und Mitberatungstatbestände	496
1. Maßnahmen innerbetrieblicher Information und Zusammenarbeit (§ 29 Abs. 1 Nr. 1)	496
2. Änderung von Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie der Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für pastorale Dienste oder religiöse Unterweisung, die zu ihrer Tätigkeit der ausdrücklichen bischöflichen Sendung oder Beauftragung bedürfen, sowie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im liturgischen Dienst (§ 29 Abs. 1 Nr. 2)	497
3. Regelung der Ordnung in der Einrichtung (Haus- und Heimordnungen) (§ 29 Abs. 1 Nr. 3)	500
4. Festlegung von Richtlinien zur Durchführung des Stellenplans ..	505
5. Verpflichtung zur Teilnahme oder Auswahl der Teilnehmerinnen oder Teilnehmer an beruflichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen (§ 29 Abs. 1 Nr. 5)	507
6. Durchführung beruflicher Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die die Einrichtung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anbietet (§ 29 Abs. 1 Nr. 6)	509
7. Einführung von Unterstützungen, Vorschüssen, Darlehen und entsprechenden sozialen Zuwendungen sowie deren Einstellung	511
8. Fassung von Musterdienst- und Musterarbeitsverträgen (§ 29 Abs. 1 Nr. 8)	514
9. Regelung zur Erstattung dienstlicher Auslagen	515
10. Abordnung von mehr als drei Monaten, Versetzung an eine andere Einrichtung, Zuweisung oder Personalgestellung an einen anderen Rechtsträger von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für pastorale Dienste oder religiöse Unterweisung, die zu ihrer Tätigkeit der ausdrücklichen bischöflichen Sendung oder Beauftragung bedürfen	517
11. Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand, wenn die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter die Mitwirkung beantragt (§ 29 Abs. 1 Nr. 11)	519

Inhaltsverzeichnis

12. Entlassung aus einem Probe- oder Widerrufsverhältnis in Anwendung beamtenrechtlicher Bestimmungen, wenn die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter die Mitwirkung beantragt (§ 29 Abs. 1 Nr. 12)	521
13. Überlassung von Wohnungen, die für Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter vorgesehen sind (§ 29 Abs. 1 Nr. 13)	523
14. Grundlegende Änderungen von Arbeitsmethoden (§ 29 Abs. 1 Nr. 14)	525
15. Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und zur Erleichterung des Arbeitsablaufes (§ 29 Abs. 1 Nr. 15)	526
16. Festlegung von Grundsätzen für die Gestaltung von Arbeitsplätzen (§ 29 Abs. 1 Nr. 16)	528
17. Schließung, Einschränkung, Verlegung oder Zusammenlegung von Einrichtungen oder wesentlichen Teilen von ihnen (§ 29 Abs. 1 Nr. 17)	531
18. Bestellung zur Mitarbeiterin oder zum Mitarbeiter in leitender Stellung gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 3 und 4 (§ 29 Abs. 1 Nr. 18)	535
19. Zurückweisung von Bewerbungen schwerbehinderter Menschen um einen freien Arbeitsplatz, soweit die Beschäftigungspflicht des § 154 Abs. 1 SGB IX noch nicht erfüllt ist (§ 29 Abs. 1 Nr. 19)	538
III. Vierphasige Beteiligung der MAV nach § 29 Abs. 2–4	541
IV. Beteiligungsverfahren Phase 1	542
1. Unterrichtung der MAV; Vollständigkeit	542
2. Rechtzeitigkeit der Unterrichtung	542
3. Form der Unterrichtung nach § 29	542
4. Adressat der Unterrichtung; Vertretungsbefugnis	542
5. Fristlauf bei unvollständiger Unterrichtung; Nachbesserung	543
V. Beteiligungsverfahren Phase 2	543
1. Beginn Beteiligungsverfahren Phase 2	543
2. Berechnung der Wochenfrist (§ 29 Abs. 3 S. 1)	543
3. Zweiwochenfrist für Einwendungen der MAV (§ 29 Abs. 3 S. 2) ..	544
4. Form der Einwendungen	544
5. Begründung der Einwendungen; Inhaltliche Begrenzung	544
VI. Beteiligungsverfahren Phase 3	545
VII. Beteiligungsverfahren Phase 4	545
VIII. Das Verfahren vorläufiger Beteiligung (§ 29 Abs. 5)	545
§ 30 Anhörung und Mitberatung bei ordentlicher Kündigung	547
I. Grundsätzliches	552
1. Zweck des Anhörungs- und Mitberatungsverfahrens nach § 30 ..	552
2. Verfassungsrechtlicher Schutz vor Willkür und Verpflichtung zu sozialer Rücksichtnahme	554
3. Anhörungs- und Mitberatungsrecht	556
4. Abdingbarkeit des Rechts zur ordentlichen Kündigung	556
5. Keine absoluten Kündigungsgründe; absolutes – im kirchlichen Bereich verfassungsrechtlich limitiertes – Abwägungserfordernis	556

II. Der durch § 30 geschützte Personenkreis	557
1. Grundsätzliches; Arbeitsverhältnisse; § 3 Abs. 1 Nr. 1	557
2. Ordensmitglieder; Gestellungsvertrag; Ausbildung; AÜG (§ 3)	558
3. Probezeit	559
4. Aushilfen	559
5. Teilzeit	560
6. Befristung	560
7. Arbeitsverhältnis in der Wartezeit	560
8. Leitungsfunktion iSd § 2 Abs. 2	560
9. Freie Mitarbeiter	561
10. Ausbildungsverhältnisse	561
III. Die vom Anhörungsrecht nach § 30 erfasste ordentliche Kündigung; Abgrenzungen	562
1. Einordnung der beabsichtigten Kündigung in das System des KSchG	562
2. Einzelfragen; Abgrenzungen	567
IV. Grundsätze der Wirksamkeitsprüfung	569
1. Fallgruppe Anwendung § 30: ordentliche Beendigungskündigung vor Ablauf Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 1.1.2.)	569
2. Fallgruppe Anwendung § 30: ordentliche Beendigungskündigung Kleinbetrieb nach Ablauf Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 1.2.2.)	578
3. Fallgruppe Anwendung § 30: ordentliche betriebsbedingte Beendigungskündigung nach Ablauf der Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 1.3.2.1.)	578
4. Fallgruppe Anwendung § 30: ordentliche personenbedingte Beendigungskündigung nach Ablauf Wartefrist (Übersicht Kündigungsarten: 1.3.2.2.)	583
5. Fallgruppe Anwendung § 30: ordentliche verhaltensbedingte Beendigungskündigung nach Ablauf Wartefrist (Übersicht Kündigungsarten: 1.3.2.3.)	586
6. Fallgruppe: außerordentliche betriebsbedingte Beendigungskündigung mit sozialer Auslauffrist (Übersicht Kündigungsarten: 1.3.2.1.)	588
7. Fallgruppe: außerordentliche personenbedingte Beendigungskündigung mit sozialer Auslauffrist (Übersicht Kündigungsarten: 1.3.2.2.)	589
8. Fallgruppe: außerordentliche verhaltensbedingte Beendigungskündigung mit sozialer Auslauffrist (Übersicht Kündigungsarten: 1.3.2.3.)	590
9. Fallgruppe: Ordentliche Änderungskündigung vor Ablauf der Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.1.2.)	591
10. Fallgruppe: Ordentliche Änderungskündigung in Kleinbetrieb nach Ablauf der Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.2.2.)	591
11. Fallgruppe außerordentliche betriebsbedingte Änderungskündigung nach Ablauf der Wartezeit mit sozialer Auslauffrist (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.1.4.)	592

Inhaltsverzeichnis

12. Fallgruppe außerordentliche personenbedingte Änderungskündigung nach Ablauf der Wartezeit mit sozialer Auslaufrist (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.1.5.)	594
13. Fallgruppe außerordentliche verhaltensbedingte Änderungskündigung nach Ablauf der Wartezeit mit sozialer Auslaufrist (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.1.6.)	595
14. Fallgruppe ordentliche betriebsbedingte Änderungskündigung nach Ablauf der Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.2.1.)	596
15. Fallgruppe ordentliche personenbedingte Änderungskündigung nach Ablauf der Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.2.2.)	596
16. Fallgruppe ordentliche verhaltensbedingte Änderungskündigung nach Ablauf der Wartezeit (Übersicht Kündigungsarten: 2.2.2.3.)	597
V. Bestehen einer zuständigen und funktionsfähigen MAV	598
VI. Anhörung der Mitarbeitervertretung; Anhörungsschreiben	599
1. Der Anhörungsberechtigte.	599
2. Prinzip der subjektiven Determination	600
3. Der Adressat des Anhörungsschreibens	601
4. Notwendiger Inhalt und Umfang der Unterrichtung	601
VII. Zeitliche Abfolge	609
1. Zeitpunkt Beginn der Anhörung der MAV; Fertigung und Zustellung Anhörungsschreiben	609
2. Zeitpunkt Kündigungserklärung.	609
3. Behördenbeteiligung	610
4. Form der Anhörung	613
VIII. Stellungnahme der MAV	614
1. Frist (§ 30 Abs. 2)	614
2. Handlungsoptionen der MAV.	618
3. Form (§ 30 Abs. 2 S. 1; § 30 Abs. 3 S. 2)	618
4. Inhaltliche Anforderungen an die Einwendungsbegründung der MAV	619
IX. Gemeinsame Sitzung des Dienstgebers und der Mitarbeitervertretung sowie Abschluss des Mitberatungsverfahrens (§ 30 Abs. 2 S. 3 und S. 4)	624
X. Abschrift der Einwendungen an den Mitarbeiter (§ 30 Abs. 4)	624
XI. Auswirkungen von Fehlern im Anhörungsverfahren	625
1. Auslegung § 30; Verantwortungssphären	625
2. Grundsatz zu Fehlerfolgen: Sphärenzuordnung	627
3. Ausnahme: dienstgeberseitige Fehlerveranlassung	628
4. Heilung von Fehlern im Verfahren nach § 30	628
XII. Beendigung des Anhörungsverfahrens; Ausspruch der Kündigung	629
XIII. Prozessuales	630
1. Darlegungs- und Beweislast im staatlichen Arbeitsgerichtsverfahren	630
2. Weiterbeschäftigungsanspruch	631

3. Kündigung wegen Datenschutzverstoß; Zuständigkeit kirchlicher Datenschutzgerichte	632
4. Anrufung kirchliches Arbeitsgericht.	633
§ 30a Anhörung und Mitberatung bei Massenentlassungen	634
I. Allgemeines	635
1. Kirchliche Selbstbestimmung, § 17 KSchG und § 30a	635
2. Europarechtliche Grundlage	635
3. Zweck der staatlichen Regelungen	636
II. Der Begriff der – anzeigepflichtigen – Massenentlassung	636
III. Der bei Anwendung des § 17 KSchG zugrunde zu legende Betriebsbegriff	638
1. Ausgangspunkt: unionsrechtlicher Betriebsbegriff	638
2. Persönlicher Anwendungsbereich	639
IV. Konsultation der MAV	640
1. Inhalt der Unterrichts- und Beratungspflicht	640
2. Rechtsfolge bei unterbliebener oder nicht ordnungsgemäßer Konsultation	642
V. Massenentlassungsanzeige an die Agentur für Arbeit	642
1. Form und Inhalt der Massenentlassungsanzeige	642
2. Adressat der Massenentlassungsanzeige	643
3. Sperrfrist (Entlassungssperre)	643
4. Rechtsfolge bei unterliegender oder nicht ordnungsgemäßer Massenentlassungsanzeige	644
VI. Streitigkeiten	644
1. Parallele Zuständigkeiten	644
2. Zuständigkeit staatliche Sozialgerichte	645
3. Zuständigkeit staatliche Arbeitsgerichte	645
4. Zuständigkeit kirchliche Arbeitsgerichtsbarkeit	645
5. Zuständigkeit der kirchlichen Datenschutzgerichtsbarkeit	645
§ 31 Anhörung und Mitberatung bei außerordentlicher Kündigung	646
I. Grundsätzliches	649
1. Zweck des § 31	649
2. Unabdingbarkeit des Rechts zur außerordentlichen Kündigung	649
3. Formen der außerordentlichen Kündigung	650
4. Keine absoluten Kündigungsgründe; absolutes – im kirchlichen Bereich verfassungsrechtlich durch Art. 140 GG iVm Art. 137 Abs. 3 WRV, Art. 17 AEUV limitiertes – Abwägungserfordernis	651
5. Anhörungsrecht, kein Mitberatungsrecht bei außerordentlicher Kündigung	652
6. Gerichtliche Prüfungskompetenz und § 19	653
II. Bezugspunkt des kollektiv-arbeitsrechtlichen § 31 im Individualarbeitsrecht: außerordentliche Kündigung des Individualarbeitsvertrags	653
1. Gesetzliche Regelungen der Voraussetzungen des Ausspruchs einer außerordentlichen Kündigung	653

Inhaltsverzeichnis

2. Gesetzliche Regelungen der Voraussetzungen des Ausschlusses einer ordentlichen Kündigung	657
3. Tarifliche Regelungen des Ausschlusses der ordentlichen Kündigung	660
III. Fallgruppen der außerordentlichen Beendigungskündigung	661
1. Außerordentliche verhaltensbedingte Kündigung	661
2. Personenbedingte außerordentliche Kündigung	681
3. Betriebsbedingte außerordentliche Kündigung; Orlando-Kündigung	681
IV. Außerordentliche Änderungskündigung	682
V. Die Einleitung des kollektivarbeitsrechtlichen Verfahrens nach § 31 durch den Dienstgeber	683
1. Bestehen einer zuständigen und funktionsfähigen MAV	683
2. Form der Unterrichtung der MAV durch den Dienstgeber: Schriftform	683
3. Grundsätzlich keine Anhörung des Mitarbeiters vor der Kündigung durch den Dienstgeber; Art. 5 GrO (Beratung, klärendes Gespräch); Verdachtskündigung	684
4. Unterrichtung der MAV und Schweigepflicht nach § 20	686
5. Unterrichtung der MAV und Datenschutz	686
6. Prinzip der subjektiven Determination; Inhalt der Unterrichtung	686
7. Zeitpunkt der Unterrichtung der MAV durch den Dienstgeber; Zeitdruck	688
8. Umdeutung	692
VI. Einwendungen der MAV	695
1. Kein Katalog von Einwendungen; Einwendungen bei Verstößen gegen Art. 7 GrO 2022	695
2. Keine Regelung einer gemeinsamen Sitzung in § 31	697
3. Fristen (§ 31 Abs. 2)	697
4. Form der Einwendungen (§ 31 Abs. 2 S. 1)	698
5. Auswirkungen von Fehlern im Anhörungsverfahren	700
6. Abschluss des Beteiligungsverfahrens	700
VII. Gerichtliches Verfahren	701
§ 32 Vorschlagsrecht	701
I. Allgemeines	703
1. Initiativrecht der MAV	703
2. § 32 (Vorschlagsrecht) und § 37 (Antragsrecht)	704
3. Abschließender Katalog; Numerus clausus	704
II. Der Vorschlag der MAV	704
1. Form des Vorschlags der MAV	704
2. Begründung des Vorschlags der MAV	705
3. Vorschlagsrecht und Bestimmtheitsgrundsatz	705
III. Die Reaktion des Dienstgebers auf den Vorschlag der MAV	707
1. Frist Rückmeldung Dienstgeber	707
2. Dienstgeber entspricht dem Vorschlag der MAV unmittelbar	707

3. Dienstgeber will Vorschlag der MAV nicht unmittelbar entsprechen (§ 32 Abs. 2 S. 1); gemeinsame Sitzung	707
4. Übersicht Ablauf des Vorschlagsverfahrens	708
5. Formulierungsbeispiele schriftliche Ausübung Vorschlagsrecht § 32	708
IV. Die Einzelvorschlagsrechte der MAV	710
1. Maßnahmen innerbetrieblicher Information und Zusammenarbeit (§ 32 Abs. 1 Nr. 1)	710
2. Änderung von Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie der Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für pastorale Dienste oder religiöse Unterweisung, die zu ihrer Tätigkeit der ausdrücklichen bischöflichen Sendung oder Beauftragung bedürfen, sowie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im liturgischen Dienst (§ 32 Abs. 1 Nr. 2)	710
3. Regelung der Ordnung in der Einrichtung (Haus- und Heimordnungen) (§ 32 Abs. 1 Nr. 3)	710
4. Durchführung beruflicher Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die die Einrichtung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anbietet (§ 32 Abs. 1 Nr. 4)	711
5. Regelung zur Erstattung dienstlicher Auslagen (§ 32 Abs. 1 Nr. 5)	711
6. Einführung von Unterstützungen, Vorschüssen, Darlehen und entsprechenden sozialen Zuwendungen und deren Einstellung (§ 32 Abs. 1 Nr. 6)	711
7. Überlassung von Wohnungen, die für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorgesehen sind (§ 32 Abs. 1 Nr. 7)	711
8. Grundlegende Änderungen von Arbeitsmethoden (§ 32 Abs. 1 Nr. 8)	711
9. Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und zur Erleichterung des Arbeitsablaufes (§ 32 Abs. 1 Nr. 9)	711
10. Festlegung von Grundsätzen für die Gestaltung von Arbeitsplätzen (§ 32 Abs. 1 Nr. 10)	712
11. Regelungen gemäß § 6 Abs. 3 (§ 32 Abs. 1 Nr. 11)	712
12. Sicherung der Beschäftigung, insbesondere eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit, die Förderung von Teilzeitarbeit und Altersteilzeit, neue Formen der Arbeitsorganisation, Änderungen der Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufe, die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Alternativen zur Ausgliederung von Arbeit oder ihrer Vergabe an andere Unternehmen (§ 32 Abs. 1 Nr. 12)	712
V. § 32 und GMAV/eGMAV	718
VI. § 32 und KDG	720
VII. Kirchliches Arbeitsgericht	720
§ 33 Zustimmung	721
I. Grundsätzliches	723

Inhaltsverzeichnis

1. Systematik der Einschränkung der Dienstgeberfreiheit durch das positive Konsensprinzip	723
2. Zeitlich vorgelagertes Verfahren	723
3. Doppelte Anwendung der Gesetzgebungstechnik des „Vor-die-Klammer-Ziehens“	725
II. Die zustimmungspflichtigen Angelegenheiten (§§ 33 Abs. 1, 6 Abs. 3); numerus clausus	726
III. Phasen des Zustimmungsverfahrens nach § 33; Übersichten	727
1. Übersicht Zustimmungsverfahren nach § 33 Abs. 1 bis 4 in Angelegenheiten der §§ 34, 35, 36 Abs. 1 Nr. 13 sowie 18 Abs. 4	727
2. Übersicht Zustimmungsverfahren nach § 33 Abs. 1–4 in Angelegenheiten der §§ 36 Abs. 1 Nr. 1–12 sowie 18 Abs. 2	728
IV. Einzelheiten des Zustimmungsverfahrens nach § 33 Abs. 1 bis 4 in Angelegenheiten der §§ 34, 35, 36 Abs. 1 Nr. 13	728
1. Stufe 1: Beginn Willensbildung Dienstgeber	728
2. Stufe 2: Abschluss Willensbildungsprozess Dienstgeber	729
3. Stufe 3: Antrag und Unterrichtungsschreiben des Dienstgebers und dessen Zugang	730
4. Stufe 4: Erhebliche Einwendungen der MAV vor Fristablauf	735
5. Stufe 5: Verhandlung mit dem Ziel der Einigung (§ 33 Abs. 3 S. 1, 2)	740
6. Stufe 6: Nichteinigung; Abschluss der Verhandlung; Fristbeginn § 33 Abs. 3 S. 3; Zustimmungsfiktion	740
7. Stufe 7: direkte Anrufung des kirchlichen Arbeitsgerichts	741
V. Einzelheiten des Zustimmungsverfahrens nach § 33 Abs. 1 bis 4 bei Angelegenheiten nach § 36 Abs. 1 Nr. 1 bis 12 bzw. § 18 Abs. 2	741
1. Stufe 1 bis Stufe 6	741
2. Stufe 7: Anrufung der Einigungsstelle	741
3. Stufe 8: Schriftliche Unterbreitung eines begründeten Einigungsvorschlags durch den Vorsitzenden der Einigungsstelle (§ 46 Abs. 2 S. 1)	741
4. Stufe 9: Verhandlung vor der Einigungsstelle (§ 46 Abs. 3 S. 1)	741
5. Stufe 10: Spruch der Einigungsstelle (§ 47 Abs. 2 S. 1)	742
6. Stufe 11: Geltendmachung der Mängel des Spruchs der Einigungsstelle beim kirchlichen Arbeitsgericht (§ 47 Abs. 4)	742
VI. Zustimmungsverfahren nach § 6 Abs. 3	742
VII. Prozessuales	743
1. Eilverfahren des Dienstgebers	743
2. Anträge der MAV	744
3. Unterlassungsansprüche der MAV	744
4. Einstweilige Verfügung der MAV	746
5. Streitigkeit über die Zuständigkeit der Einigungsstelle	746
6. Frist Anrufung Gericht oder Einigungsstelle; Verwirkung	747

§ 34 Zustimmung bei Einstellung und Anstellung	748
I. Grundsätzliches	751
1. Verfahrensvorschrift des § 33 „vor die Klammer gezogen“	751
2. Vorschriften zur Einstellung und Anstellung im staatlichen Recht	751
3. Vorschriften zur Einstellung und Anstellung im Recht der Evangelischen Kirche	752
4. Notwendigkeit der Berücksichtigung der Besonderheiten des kirchlichen Dienstes (Art. 3 Grundordnung) bei Einstellung; § 9 AGG	752
II. Zustimmungsverfahren bei Einstellung (§ 34 iVm § 33)	759
1. Der von § 34 (Einstellung) erfasste Personenkreis	759
2. Einstellung iSd § 34 Abs. 1 S. 1	763
3. Das Zustimmungsverfahren bei Einstellung (§ 33 iVm § 34)	770
III. Zustimmungsverfahren bei Anstellung (§ 34 iVm § 33)	787
IV. Gerichtlicher Rechtsschutz	788
1. Unterlassungsanspruch der MAV aus § 33	788
2. Eilrechtsschutz für die MAV	789
3. Zustimmungsersetzungsantrag des Dienstgebers	790
4. Eilrechtsschutz für den Dienstgeber	790
§ 35 Zustimmung bei sonstigen persönlichen Angelegenheiten	791
I. Allgemeines	794
1. Abschließender Katalog § 35 Abs. 1; numerus clausus	794
2. Verfahrensvorschrift des § 33 „vor die Klammer gezogen“	795
3. Bezugnahme auf rechtsähnliche Vorschriften im staatlichen Recht	795
II. Die Katalogtatbestände des § 35 Abs. 1	796
1. Eingruppierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (§ 35 Abs. 1 Nr. 1)	796
2. Höhergruppierung oder Beförderung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (§ 35 Abs. 1 Nr. 2)	806
3. Rückgruppierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (§ 35 Abs. 1 Nr. 3)	808
4. Nicht nur vorübergehende Übertragung einer höher oder niedriger zu bewertenden Tätigkeit (§ 35 Abs. 1 Nr. 4)	810
5. Abordnung von mehr als drei Monaten, Versetzung an eine andere Einrichtung, Zuweisung oder Personalgestellung an einen anderen Rechtsträger, es sei denn, dass es sich um Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter für pastorale Dienste oder religiöse Unterweisung handelt, die zu ihrer Tätigkeit der ausdrücklichen bischöflichen Sendung oder Beauftragung bedürfen (§ 35 Abs. 1 Nr. 5)	813
6. Versagen und Widerruf der Genehmigung einer Nebentätigkeit sowie Untersagung einer Nebentätigkeit (§ 35 Abs. 1 Nr. 6)	820
7. Weiterbeschäftigung über die Altersgrenze hinaus (§ 35 Abs. 1 Nr. 7)	822

Inhaltsverzeichnis

8. Hinausschiebung des Eintritts in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze (§ 35 Abs. 1 Nr. 8)	823
9. Anordnungen, welche die Freiheit in der Wahl der Wohnung beschränken mit Ausnahme der Dienstwohnung, die die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter kraft Amtes beziehen muss	824
10. Auswahl der Ärztin oder des Arztes zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters, sofern nicht die Betriebsärztin/der Betriebsarzt beauftragt werden soll, soweit eine kirchliche Arbeitsvertragsordnung dies vorsieht	824
III. Das Zustimmungsverweigerungsrecht der MAV nach §§ 33, 35 . . .	826
1. Der Zustimmungsverweigerungsgrund nach § 35 Abs. 2 Nr. 1	826
2. Der Zustimmungsverweigerungsgrund nach § 35 Abs. 2 Nr. 2	827
IV. Rechtsschutz	827
1. Kirchliche Arbeitsgerichtsbarkeit	827
2. Staatliche Arbeitsgerichtsbarkeit	828
§ 36 Zustimmung bei Angelegenheiten der Dienststelle	830
I. Grundsätzliches	834
1. Abschließender Katalog; § 55	834
2. Regeln – doppelt – „vor die Klammer gezogen“	835
3. Soweit nicht eine kirchliche AVR oder sonstige Rechtsnorm Anwendung findet	835
II. Katalogtatbestände des § 36 Abs. 1	835
1. Änderung von Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit (Nr. 1)	835
2. Festlegung der Richtlinien zum Urlaubsplan und zur Urlaubsregelung (Nr. 2)	843
3. Planung und Durchführung von Veranstaltungen (Nr. 3)	850
4. Errichtung, Verwaltung und Auflösung sozialer Einrichtungen (Nr. 4)	852
5. Inhalt von Personalfragebogen (Nr. 5)	855
6. Beurteilungsrichtlinien (Nr. 6)	860
7. Richtlinien für die Gewährung von sozialen Zuwendungen (Nr. 7)	861
8. Durchführung der Ausbildung (Nr. 8)	863
9. Einführung und Anwendung technischer Einrichtungen (Nr. 9)	866
10. Maßnahmen zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen (Nr. 10)	871
11. Maßnahmen zum Ausgleich und zur Milderung von wesentlichen wirtschaftlichen Nachteilen (Nr. 11)	876
12. Zuweisung zu den Stufen des Bereitschaftsdienstes (Nr. 12)	883
13. Einrichtung nach § 1a Abs. 2 (Nr. 13)	885

14. Befristet geltende Einführung von Kurzarbeit nach dem SGB III (Nr. 14 Erzdiözese Köln)	886
III. Zustimmungsverweigerungsgründe	887
1. Nrn. 1 bis 12	887
2. Nr. 13 bzw. § 33 Abs. 2, 3	888
IV. Rechtsschutz	890
1. Einigungsstelle; Kirchliches Arbeitsgericht	890
2. Vorläufige Regelung	890
§ 37 Antragsrecht	890
I. Grundsätzliches	892
1. Angelegenheiten der Dienststelle	892
2. Initiativrecht	892
3. Abschließender Katalog; numerus clausus	892
4. § 37 (Antragsrecht) und § 32 (Vorschlagsrecht)	893
II. Die einzelnen ein Antragsrecht auslösenden Angelegenheiten der Dienststelle (§ 37 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 12)	893
1. Änderung von Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie der Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage	893
2. Festlegung der Richtlinien zum Urlaubsplan und zur Urlaubsregelung	894
3. Planung und Durchführung von Veranstaltungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	894
4. Errichtung, Verwaltung und Auflösung sozialer Einrichtungen ..	895
5. Inhalt von Personalfragebogen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	895
6. Beurteilungsrichtlinien für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ...	896
7. Richtlinien für die Gewährung von Unterstützungen, Vorschüssen, Darlehen und entsprechenden sozialen Zuwendungen	896
8. Durchführung der Ausbildung, soweit nicht durch Rechtsnormen oder durch Ausbildungsvertrag geregelt	897
9. Einführung und Anwendung technischer Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu überwachen	897
10. Maßnahmen zur Verhütung von Dienst- und Arbeitsunfällen und sonstigen Gesundheitsschädigungen	899
11. Maßnahmen zum Ausgleich und zur Milderung von wesentlichen wirtschaftlichen Nachteilen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wegen Schließung, Einschränkung, Verlegung oder Zusammenlegung von Einrichtungen oder wesentlichen Teilen von ihnen	899
12. Zuweisung zu den einzelnen Stufen des Bereitschaftsdienstes, soweit eine kirchliche Arbeitsvertragsordnung dies vorsieht	899
III. Der Antrag der MAV	900
1. Form	900
2. Begründung des Antrags der MAV; Bestimmtheitsgrundsatz ...	900

Inhaltsverzeichnis

3. Übersicht Ablauf des Antragsverfahrens nach § 37	900
4. Formulierungsbeispiele schriftliche Ausübung Antragsrecht § 37	901
IV. Die Reaktion des Dienstgebers	902
1. Frist Rückmeldung Dienstgeber	902
2. Dienstgeber will dem Antrag der MAV unmittelbar entsprechen	902
3. Dienstgeber will dem Antrag der MAV nicht unmittelbar entsprechen	903
V. § 37 und GMAV/eGMAV	905
VI. § 37 und KDG	905
§ 38 Dienstvereinbarungen	906
I. Allgemeines	908
II. Rechtscharakter und Wirkung von Dienstvereinbarungen	909
1. Ökonomische Effizienz von Dienstvereinbarungen	909
2. Rechtsnatur der kirchlichen Dienstvereinbarung	909
3. Beschränkte (innerkirchliche) Normwirkung	910
III. Zulässigkeit von Dienstvereinbarungen (Abs. 1–3)	911
1. Öffnungsklausel kraft Delegation durch AVR (Abs. 1 Nr. 1 iVm Abs. 2)	911
2. Weitere Tatbestände des Abs. 1	913
3. Vorrang der AVR-Normen als Regelungssperre (Abs. 3)	914
IV. Relativität der zwingenden Wirkung (Abs. 3a)	915
1. „Unmittelbare und zwingende“ Wirkung im kirchlichen Rechtskreis (S. 1)	915
2. Verzichtsverbot (S. 2)	916
V. Zustandekommen und Beendigung (Abs. 4)	916
1. Abschluss und Bekanntmachung von Dienstvereinbarungen (S. 1)	916
2. Beendigungsgründe, insbesondere Kündigung (S. 2) und Betriebsübergang	918
3. Nichtigkeit	920
VI. Nachwirkung der Dienstvereinbarung (Abs. 5)	920
VII. Prozessuales	921
§ 39 Gemeinsame Sitzungen und Gespräche	922
I. Normzweck	923
II. Der zulässige Kommunikationsraum (analog; digital)	923
1. Grundsatz: körperliche Anwesenheit im selben Raum	923
2. Zusatzregelungen aufgrund COVID-19 und dazu ergangener staatlicher Entscheidungen zur Einbeziehung des digitalen Raumes	924
III. Institutioneller Anwendungsbereich	926
IV. Keine inhaltlich-thematische Beschränkungen der gemeinsamen Sitzung nach § 39 Abs. 1 S. 1	927
V. Spezialregelungen	927
VI. Sitzungswunsch aus besonderem Grund (§ 39 Abs. 1 S. 2)	928
VII. Verfahren gemeinsame Sitzung nach § 39 Abs. 1	928

1. Einladung	928
2. Einvernehmliche Terminabstimmung	928
3. Sitzungsteilnehmer	928
4. Sitzungsleitung	929
5. Ausschluss der Öffentlichkeit	929
6. Dokumentationspflicht; Niederschrift; Beweiswert	930
7. Unterrichtung der Mitarbeiter; Geheimhaltung	931
VIII. Regelmäßige Gespräche (§ 39 Abs. 2)	932
IX. Kirchliches Arbeitsgericht	932

Einigungsstelle

§ 40 Bildung der Einigungsstelle – Aufgaben	933
I. Allgemeines	933
II. Bildung einer Einigungsstelle (Abs. 1)	934
III. Örtliche Zuständigkeit	934
IV. Geschäftsstelle (Abs. 2)	935
V. Sachliche Zuständigkeit (Abs. 3)	935
§ 41 Zusammensetzung – Besetzung	936
I. Allgemeines	937
II. Zusammensetzung (Abs. 1)	937
III. Besetzung (Abs. 2)	937
1. Gesamtbesetzung	937
2. Listenbesitzer	937
3. Ad-hoc-Besitzer	938
IV. Befangenheit	938
1. Besitzer	938
2. Vorsitzenden	938
V. Verhinderung	939
VI. Fehlerhafte Besetzung	939
VII. Nichtbenennung	939
§ 42 Rechtsstellung der Mitglieder	940
I. Allgemeines	940
II. Rechte und Pflichten der Mitglieder (Abs. 1 und Abs. 2)	941
1. Rechte	941
III. Freistellungsanspruch (Abs. 3)	942
IV. Besonderer Schutz (Abs. 4)	942
V. Beendigungsgründe	942
VI. Streitigkeiten	943
§ 43 Berufungsvoraussetzungen	943
I. Allgemeines	944
II. Allgemeine Berufungsvoraussetzungen (Abs. 1)	944
III. Zusätzliche Berufungsvoraussetzungen für den Vorsitzenden (Abs. 2)	944
IV. Zusätzliche Voraussetzungen für die Besitzer (Abs. 3)	945

Inhaltsverzeichnis

V. Ausschlussgrund als Listen-Beisitzer	945
VI. Amtszeit (Abs. 5)	946
§ 44 Berufung der Mitglieder	946
I. Allgemeines	947
II. Ernennung des Vorsitzenden (Abs. 1)	948
1. Ernennungsverfahren nach Vorschlag	948
2. Ernennungsverfahren ohne Vorschlag	948
III. Amtszeit und Verlängerung	949
IV. Bestellung der Listen-Beisitzer	949
1. Dienstgeberseite	949
2. Mitarbeiterseite	949
V. Bestellung der Ad-hoc-Beisitzer	949
VI. Beendigung der Amtszeit	950
VII. Nachbesetzung (Abs. 4)	950
VIII. Rechtsschutz	950
§ 45 Zuständigkeit	951
I. Allgemeines	952
II. Anrufungsmöglichkeiten	952
1. Anrufung durch den Dienstgeber (Abs. 1 und 2)	952
2. Anrufung durch die Mitarbeitervertretung (Abs. 3)	953
3. Anrufung durch Organe des Wirtschaftsausschusses (Abs. 4)	953
III. Streitigkeiten	954
§ 46 Verfahren	954
I. Allgemeines	955
II. Verfahrensablauf	955
1. Verfahrensbeginn (Abs. 1)	955
2. Einigungsvorschlag (Abs. 2)	956
3. Terminbestimmung (Abs. 3)	956
4. Mündliche Verhandlung (Abs. 4)	957
§ 47 Einigungsspruch	958
I. Allgemeines	958
II. Einigung/Erledigung (Abs. 1)	959
III. Spruch der Einigungsstelle (Abs. 2)	959
IV. Wirkungen des Spruchs der Einigungsstelle (Abs. 3)	960
V. Anfechtung (Abs. 4)	960
1. Überprüfung	961
2. Anfechtungsfristen	962
VI. Kosten (Abs. 5)	962
Sprecherinnen und Sprecher der Jugendlichen und der Auszubildenden, Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	
§ 48 Wahl und Anzahl der Sprecherinnen und Sprecher der Jugendlichen und der Auszubildenden	963
I. Allgemeines	963
II. Voraussetzungen der Wahl	964

1. Existenz einer Mitarbeitervertretung am Tag der Wahl	964
2. Anzahl der Jugendlichen und Auszubildenden	964
III. Wahlberechtigung und Wählbarkeit	965
1. Wahlberechtigung	965
2. Wählbarkeit	965
IV. Zahl der zu wählenden Sprecherinnen und Sprecher	966
V. Durchführung der Wahl	966
VI. Prozessuales	967
§ 49 Versammlung der Jugendlichen und Auszubildenden	967
I. Allgemeines	967
II. Voraussetzungen einer Versammlung der Jugendlichen und Auszubildenden	968
1. Zuständigkeit	968
2. Zeitpunkt der Versammlung	968
3. Einberufung, Einladung und Leitung	969
III. Ablauf der Versammlung	969
IV. Themen der Versammlung	970
V. Erstattung der Fahrtkosten	970
VI. Prozessuales	970
§ 50 Amtszeit der Sprecherinnen und Sprecher der Jugendlichen und Auszubildenden	971
I. Allgemeines	971
II. Amtszeit der Sprecherinnen und Sprecher	971
III. Weiterführung der Geschäfte	973
1. Vorbereitung von Neuwahlen	973
2. Vollendung des 26. Lebensjahres	973
IV. Prozessuales	973
§ 51 Mitwirkung der Sprecherinnen und Sprecher der Jugendlichen und Auszubildenden	973
I. Allgemeines	974
II. Angelegenheiten der Jugendlichen und Auszubildenden	974
III. Teilnahme an MAV-Sitzungen	975
1. Allgemeines Teilnahmerecht	975
2. Mitberatungs-, Antrags- und Stimmrecht	975
IV. Teilnahme an Besprechungen zwischen MAV und Dienstgeber	976
V. Sinngemäße Anwendbarkeit der §§ 7–20	976
VI. Ausschluss eines Doppelmandats	977
VII. Prozessuales	977
§ 52 Mitwirkung der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	978
I. Allgemeines	979
II. Schwerbehindertenvertretung iSd §§ 177 ff. SGB IX	979
III. Wahl der Vertrauensperson	980
1. Mindestanzahl schwerbehinderter Beschäftigter	980
2. Nicht: Existenz einer Mitarbeitervertretung	981
3. Beschäftigungsdauer	981

Inhaltsverzeichnis

IV. Wahlrecht, Durchführung und Anfechtung der Wahl	981
1. Aktives und passives Wahlrecht	981
2. Durchführung der Wahl	982
3. Anfechtung der Wahl	982
V. Aufgaben der Vertrauensperson	982
VI. Versammlung der schwerbehinderten Mitarbeiter/innen	983
VII. Ausstattung der Vertrauensperson	983
VIII. Rechtsstellung der Vertrauensperson	984
IX. Prozessuales	984
§ 53 [Derzeit unbesetzt]	985

Schulen, Hochschulen

§ 54 Schulen und Hochschulen	986
I. Allgemeines	986
II. Schulen und Hochschulen	986
III. Eingeschränkte Geltung der MAVO	987
1. Hauptberuflich Lehrende an Hochschulen	987
2. Lehrbeauftragte an Hochschulen	988
IV. Landesbedienstete	988
V. Mitarbeiter/innen ohne Lehrauftrag	989

Schlussbestimmungen

§ 55 Zwingende Wirkung	990
I. Bedeutung der „Veto-Norm“	990
II. Zwingendes Recht	991
III. Anderweitige gesetzliche Regelungen	991
IV. Ordenseigene „Mitarbeitervertretungsordnungen“	992
§ 56 Inkrafttreten	992
I. Bedeutung der Regelung	992
II. Inkrafttreten der Mitarbeitervertretungsordnung	993
III. Übergangsregelung	993

Kirchliche Arbeitsgerichtsordnung

– KAGO –

Präambel	995
I. Aufbau der Präambel	995
II. KAGO-Gesetzgebung	996
III. Ziele der KAGO	999

Erster Teil. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Kirchliche Gerichte für Arbeitssachen	1003
I. Aufbau der kirchlichen Arbeitsgerichtsbarkeit	1003
1. Diözesane kirchliche Arbeitsgerichte	1004
2. Gemeinsame kirchliche Arbeitsgerichte	1004
3. „KODA“-Gericht Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Köln	1004
4. Kirchlicher Arbeitsgerichtshof	1004

II. Der Erlass der KAGO	1004
1. Ausgangslage	1004
2. Der Weg zur KAGO	1005
3. Einordnung der Kirchlichen Arbeitsgerichtbarkeit	1006
§ 2 Sachliche Zuständigkeit	1007
I. Systematische Einordnung	1008
II. Zuständigkeit für den „Dritten Weg“ (§ 2 Abs. 1)	1008
1. Dritter Weg	1008
2. Erfasste Rechtsstreitigkeiten	1009
III. Zuständigkeit für Mitarbeitervertretungsrecht (§ 2 Abs. 2)	1009
1. Grundsatz	1009
2. Einzelfälle	1010
IV. Keine Zuständigkeit für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis (§ 2 Abs. 3)	1010
1. Grundsatz	1010
2. Kirchliche Arbeitsvertragsbedingungen	1011
V. Kein Normenkontrollverfahren (§ 2 Abs. 4)	1011
§ 3 Örtliche Zuständigkeit	1011
I. Systematische Einordnung und Sitz der Kirchlichen Arbeitsgerichte	1012
II. Örtliche Zuständigkeit nach § 3 Abs. 1	1013
1. Grundsatz	1013
2. Dienstbezirk, Sitz und Einsatzort	1013
3. Weitere Fragen im Zusammenhang mit der örtlichen Zuständigkeit	1014
III. Örtliche Zuständigkeit nach § 3 Abs. 2	1015
IV. Örtliche Zuständigkeit nach § 3 Abs. 3	1015
1. Gerichtsstand bei einem diözesanen Rechtsträger	1015
2. Gerichtsstand bei einem mehrdiözesanen oder überdiözesanen Rechtsträger	1016
§ 4 Besetzung der Gerichte	1016
I. Systematische Einordnung	1017
II. Richter mit Befähigung zum Richteramt	1017
III. Ehrenamtliche (beisitzende) Richter	1018
§ 5 Aufbringung der Mittel	1019
I. Überblick	1019
II. Parallele Rechtsnormen	1019
III. Die Kosten der Kirchlichen Arbeitsgerichte erster Instanz	1020
1. Kirchliches Arbeitsgericht des errichtenden Bistums	1020
2. Gemeinsames kirchliches Arbeitsgericht mehrerer Bistümer	1020
IV. Die Kosten des Kirchlichen Arbeitsgerichtshofs	1021
§ 6 Gang des Verfahrens	1021
I. Überblick	1021
II. Parallele Rechtsnormen	1021
III. Ausschließliche Zuständigkeit	1022
IV. Zweistufiger Instanzenzug	1022

Inhaltsverzeichnis

1. Tatsacheninstanz/Revisionsinstanz	1022
2. Eingangsgericht/Rechtsmittelgericht	1022
3. Besetzung des Spruchkörpers	1023
V. Praxishinweis	1023
§ 7 Verfahrensgrundsätze	1023
I. Hintergrund	1024
II. Anwendungsbereich	1025
III. Verfahrensgrundsätze	1025
1. Verhandlungs-/Mündlichkeitsgrundsatz	1025
2. Entscheidungsformen	1028
3. Öffentlichkeitsgrundsatz	1028
4. Amtsermittlungsgrundsatz	1033
5. Rechtsmittelbelehrung	1034
6. Kompromissansatz	1036
IV. Verfahrensfehler	1036
§ 8 Verfahrensbeteiligte	1037
I. Hintergrund	1038
II. Anwendungsbereich	1039
III. Beteiligtenfähigkeit	1039
1. Beteiligtenfähigkeit bei Kommissionsangelegenheiten (§ 8 Abs. 1 a)	1040
2. Beteiligtenfähigkeit bei Angelegenheiten einzelner Kommissionsmitglieder (§ 8 Abs. 1 b))	1042
3. Beteiligtenfähigkeit bei Wahlverfahrensangelegenheiten (§ 8 Abs. 1 c))	1043
4. Beteiligtenfähigkeit bei kommissionsbezogenen Koalitionsangelegenheiten (§ 8 Abs. 1 d))	1045
5. Beteiligtenfähigkeit bei MAVO- oder E inigungsstellenangelegenheiten (§ 8 Abs. 2 a))	1047
6. Beteiligtenfähigkeit bei Wahlverfahrensangelegenheiten (§ 8 Abs. 2 b))	1048
7. Beteiligtenfähigkeit bei Angelegenheiten der Arbeitsgemeinschaften (§ 8 Abs. 2 c))	1050
8. Beteiligtenfähigkeit bei Angelegenheiten der Mitwirkung in Caritas-Werkstätten (§ 8 Abs. 2 d))	1052
9. Beteiligtenfähigkeit bei Angelegenheiten wegen der Rechtsstellung von Organmitgliedern (§ 8 Abs. 2 e))	1054
IV. Ende der Beteiligtenfähigkeit	1058
V. Beteiligung	1059
VI. Fehler bei der Beteiligung	1060
1. Beteiligung zu Unrecht	1060
2. Nichtbeteiligung zu Unrecht	1061
§ 9 Beiladung	1062
I. Hintergrund	1063
II. Anwendungsbereich	1064
III. Voraussetzungen der Beiladung	1064
1. Anhängiges Verfahren	1064

2. Beizuladender Personenkreis	1065
IV. Verfahren der Beiladung	1068
1. Keine Antragstellung	1068
2. Keine mündliche Verhandlung	1068
3. Entscheidung	1068
4. Rechtsmittel	1069
V. Rechtsfolgen der Beiladung	1070
VI. Fehler bei der Beiladung	1070
1. Beiladung zu Unrecht	1070
2. Nichtbeiladung zu Unrecht	1071
§ 10 Klagebefugnis	1071
I. Hintergrund	1072
II. Anwendungsbereich	1072
III. Verletzung eigener Rechte oder von Organrechten	1072
1. Eigene Rechte	1072
2. Organrechte	1076
IV. Geltendmachung	1077
V. Rechtsfolgen	1077
§ 11 Prozessvertretung	1077
I. Hintergrund	1078
II. Anwendungsbereich	1078
III. Eigene Prozessführung	1078
IV. Fremde Prozessführung	1079
1. Anforderungen an den Vertretenen	1079
2. Anforderungen an den Vertreter	1080
V. Nachweis der Prozessvertretungsmacht	1080
VI. Fehler der Prozessvertretungsmacht	1080
§ 12 Kosten (Gebühren und Auslagen)	1081
I. Hintergrund	1081
II. Anwendungsbereich	1081
III. Kosten	1082
1. Gerichtsgebühren	1082
2. Auslagen	1082
3. Zeugen- und Sachverständigenentschädigung	1083
IV. Kostenentscheidung	1083
1. Urteil	1083
2. Beschluss	1083
V. Wirkung der Kostenentscheidung	1084
VI. Rechtsmittel	1084
VII. Streitwert	1084
§ 13 Rechts- und Amtshilfe	1085
I. Hintergrund	1085
II. Anwendungsbereich	1085
III. Rechtshilfe	1085
IV. Amtshilfe	1085

Inhaltsverzeichnis

Zweiter Teil. Aufbau der kirchlichen Gerichte für Arbeitsachen

1. Abschnitt. Kirchliche Arbeitsgerichte erster Instanz

§ 14 Errichtung	1086
I. Allgemeines	1086
1. Regelungsinhalt	1086
II. Errichtung der Arbeitsgerichte	1087
1. Grundsatz § 14 Abs. 1 KAGO	1087
2. Gemeinsame Kirchliche Arbeitsgerichte § 14 Abs. 2	1087
§ 15 Gerichtssitz/Dienstaufsicht/Geschäftsstelle	1088
I. Allgemeines	1088
II. Sitz des Gerichts	1088
III. Dienstaufsicht	1089
IV. Geschäftsstelle	1090
1. Sitz der Geschäftsstelle	1090
2. Aufgaben der Geschäftsstelle	1090
§ 16 Zusammensetzung/Besetzung	1090
I. Allgemeines	1091
II. Zusammensetzung	1091
1. Dienstgeber	1091
2. Mitarbeiter	1091
III. Besetzung	1092
IV. Grundsatz der gegenseitigen Vertretung	1093
§ 17 Rechtsstellung der Richter	1093
I. Allgemeines	1094
II. Rechte und Pflichten der Richter	1094
1. Richterliche Unabhängigkeit	1094
2. Verschwiegenheitspflicht	1095
3. Aufwandsentschädigung	1095
§ 18 Ernennungsvoraussetzungen/Beendigung des Richteramtes	1096
I. Allgemeines	1097
II. Allgemeine Ernennungsvoraussetzungen	1097
1. Anforderung an alle Richter	1097
2. Zusätzliche Anforderungen an den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden	1098
3. Zusätzliche Anforderungen an die beisitzenden Richter	1098
III. Beendigung des Richteramtes	1099
1. Rücktritt	1099
2. Verlust des Richteramtes	1100
IV. Kontinuität	1101
§ 19 Ernennung des Vorsitzenden	1101
I. Allgemeines	1101
II. Leitungsgewalt des Diözesanbischofs	1101
III. Beispruchsberechtigte Beteiligte	1102
IV. Rechtsbehelf	1102

§ 20 Ernennung/Mitwirkung der beisitzenden Richter	1102
I. Allgemeines	1103
II. Ernennung	1103
III. Präsentationsrecht	1104
1. Beisitzende Richter der Dienstgeberseite	1104
2. Besitzende Richter der Dienstnehmerseite	1104
IV. Ernennungsverfahren	1105
1. Ablauf	1105
2. Rechtsbehelf	1105
V. Heranziehung zur Sitzung	1105
2. Abschnitt. Kirchlicher Arbeitsgerichtshof	
§ 21 Errichtung	1106
I. Allgemeines	1107
II. Errichtung	1107
§ 22 Zusammensetzung/Besetzung	1107
I. Allgemeines	1108
II. Zusammensetzung	1108
1. Präsident und Vizepräsident	1108
2. Weitere Richter mit juristischer Ausbildung	1109
3. Beisitzende Richter	1109
III. Besetzung	1109
1. Entscheidung auf Grund mündlicher Verhandlung	1109
2. Entscheidung ohne mündliche Verhandlung	1109
IV. Geschäftsverteilungsplan	1110
V. Vertretungsregelung	1110
§ 23 Dienstaufsicht/Verwaltung	1110
I. Dienstaufsicht	1111
II. Verwaltung	1111
§ 24 Rechtsstellung der Richter/Ernennungsvoraussetzungen/ Beendigung des Richteramtes	1111
I. Rechtsstellung der Richter	1111
II. Ernennungsvoraussetzungen	1112
III. Beendigung des Richteramtes	1112
§ 25 Ernennung des Präsidenten und der weiteren Mitglieder mit der Befähigung zum Richteramt	1112
I. Allgemeines	1113
II. Ernennungsverfahren der Richter mit der Befähigung zum Richteramt	1113
1. Vorschlagsrecht	1113
2. Anhörungsberechtigte	1113
III. Ernennung	1114
§ 26 Ernennung/Mitwirkung der beisitzenden Richter aus den Kreisen der Dienstgeber und Mitarbeiter	1114
I. Allgemeines	1115
II. Ernennungsverfahren	1115

Inhaltsverzeichnis

1. Vorschlagsrecht	1115
2. Angemessene Berücksichtigung	1115
III. Mitwirkung der beisitzenden Richter	1116

Dritter Teil.

Verfahren vor den kirchlichen Gerichten für Arbeitsachen

1. Abschnitt. Verfahren im ersten Rechtszug

1. Unterabschnitt. Allgemeine Verfahrensvorschriften

§ 27 Anwendbares Recht	1116
I. Systematische Bedeutung der Vorschrift	1116
1. Grundsätzlicher Regelungsgehalt	1116
2. Abweichungen und Friktionen	1117
II. Praktisches Vorgehen	1118
§ 28 Klageschrift	1118
I. Parallelnormen	1119
II. Bedeutung der Vorschrift	1119
III. Anforderungen an die Klage	1119
1. Formales	1119
2. Inhalt der Klageschrift	1119
IV. Wirkungen der Klageerhebung	1122
§ 29 Klagerücknahme	1122
I. Parallelnorm	1123
II. Bedeutung der Vorschrift	1123
III. Voraussetzungen einer wirksamen Klagerücknahme	1123
1. Zeitpunkt	1123
2. Form der Rücknahme	1123
3. Einstellung des Verfahrens	1123
4. Rechtsmittel	1124
§ 30 Klageänderung	1124
I. Parallelnorm	1125
II. Bedeutung der Vorschrift	1125
III. Zulässigkeit der Klageänderung	1125
1. Zustimmung der Beteiligten	1125
2. Sachdienlichkeit	1126
3. In der Revisionsinstanz	1126
§ 31 Zustellung der Klage/Klageerwiderung	1126
§ 32 Ladung zur mündlichen Verhandlung	1127
§ 33 Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	1128
I. Parallelnorm	1129
II. Systematische Bedeutung der Vorschrift	1129
III. Vorbereitung der streitigen Verhandlung	1130
1. Ergänzung des Vorbringens u. a., Nr. 1	1130
2. Einholung von Auskünften, Nr. 2	1131
3. Anordnung des persönlichen Erscheinens, Nr. 3	1131
4. Ladung von Zeugen und Sachverständigen, Nr. 4	1132

5. Benachrichtigung der Parteien	1133
IV. Zurückweisung verspäteten Vorbringens	1133
1. Anspruch auf rechtliches Gehör	1133
2. Voraussetzungen der Präklusion nach § 33 Abs. 2	1133
3. Präklusion bei Verstößen gegen die allgemeine Prozessförderungspflicht	1135
4. Entscheidung über die Zurückweisung	1136
§ 34 Alleinentscheidung durch den Vorsitzenden	1136
I. Parallelnorm	1137
II. Systematische Bedeutung der Vorschrift	1137
III. Alleinentscheidung nach den Absätzen 1 und 2	1138
1. Zurücknahme der Klage	1138
2. Verzicht auf den geltend gemachten Anspruch	1138
3. Anerkenntnis des geltend gemachten Anspruchs	1139
4. Fakultative mündliche Verhandlung	1139
IV. Alleinentscheidung auf Antrag beider Parteien, Abs. 3	1139
V. Beweisbeschluss vor streitiger Verhandlung, Abs. 4	1140
§ 35 Ablehnung von Gerichtspersonen	1141
I. Bedeutung der Vorschrift	1142
II. Ausschließung vom Richteramt, § 41 ZPO	1142
III. Ablehnung eines Richters	1143
§ 36 Zustellungen und Fristen	1144
§ 37 Wiedereinsetzung in versäumte Fristen	1145
I. Systematische Bedeutung der Vorschrift	1146
II. Voraussetzungen der Wiedereinsetzung	1146
1. Versäumung einer Abschlussfrist	1146
2. Kein Verschulden	1146
3. Form- und fristgerechter Antrag	1147
2. Unterabschnitt. Mündliche Verhandlung	
§ 38 Gang der mündlichen Verhandlung	1147
I. Überblick	1148
II. Parallele Rechtsnormen	1148
III. Der Grundsatz mündlicher Verhandlung	1149
1. Mündliche Verhandlung	1149
2. Schriftliches Verfahren	1149
3. Keine Bindung	1150
4. Videokonferenz	1150
IV. Prozessleitung	1151
1. Die formelle Prozessleitung	1151
2. Die materielle Prozessleitung	1154
§ 39 Anhörung Dritter	1158
I. Überblick	1158
II. Parallele Rechtsnormen	1158
III. Dritte	1158
1. Beteiligte	1158

Inhaltsverzeichnis

2. Beigeladene	1158
3. Dritte, die nach § 2 Abs. 1 und 2 der genannten Ordnungen im einzelnen Fall betroffen sind	1159
IV. Ermessen des Gerichts	1159
§ 40 Beweisaufnahme	1160
I. Überblick	1161
II. Parallele Rechtsnormen	1161
III. Beweisrecht	1161
1. Unstreitige Tatsachen	1162
2. Als unstreitig anzusehende Tatsachen	1162
3. Offenkundige/Allgemeinkundige Tatsachen	1162
4. Gerichtskundige Tatsachen	1163
5. Geständnis	1163
6. Nichtberücksichtigung von Beweisangeboten	1163
7. Der Unmittelbarkeitsgrundsatz	1164
IV. Beweismittel	1165
1. Der Zeuge	1165
2. Sachverständige	1168
3. Urkunden	1168
4. Beteiligte	1169
5. Augenschein	1169
6. Einholung von Auskünften	1169
V. Beweisverbote	1170
VI. Ergebnis der Beweisaufnahme	1171
VII. Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme	1171
1. Grundsatz: Beweisaufnahme vor der Kammer	1171
2. Ausnahmen	1171
VIII. Grundsatz der „Beteiligtenöffentlichkeit“	1173
1. Benachrichtigung der Beteiligten	1173
2. Fragerecht der Beteiligten	1173
§ 41 Vergleich, Erledigung des Verfahrens	1173
I. Überblick	1174
II. Parallele Rechtsnormen	1174
III. Vergleich	1174
1. Gestaltung durch Vergleich	1174
2. Form	1175
3. Vergleich im schriftlichen Verfahren	1175
4. Verfügungsbefugnis	1176
5. Außergerichtlicher Vergleich	1176
IV. Übereinstimmende Erledigung	1176
1. Unabhängig von der Verfügungsbefugnis	1176
2. Rechtsfolge der Erledigung	1177
3. Die übereinstimmende Erledigung	1177
4. Vorgehensweise	1177
5. Unterbliebene Erledigungserklärung eines Beteiligten	1178
6. Form der Entscheidung	1178
V. Einseitige Erledigung	1178

1. Erledigungserklärung	1178
2. Form	1178
3. Einseitige Erledigung des Klägers/Antragstellers	1179
4. Erledigendes Ereignis	1179
5. Gerichtliche Entscheidung	1179
6. Form der Entscheidung	1180
7. Einseitige Erledigung anderer Beteiligter	1180
8. Erledigung von Amts wegen	1180
§ 42 Beratung und Abstimmung	1181
I. Überblick	1181
II. Parallele Normen	1181
III. Ausschluss der Öffentlichkeit	1181
1. Kollegialgericht	1181
2. Ausbildungspersonen	1182
IV. Abstimmungsvorgang	1182
1. Stimmabgabe	1182
2. Reihenfolge	1182
3. Abstimmungsergebnis	1183
V. Das Beratungsgeheimnis	1183
§ 43 Urteil	1183
I. Überblick	1184
II. Parallele Normen	1185
III. Urteilsgrundlage	1185
1. Sachlage	1185
2. Rechtslage	1185
IV. Grundsatz der freien Beweiswürdigung	1185
1. Keine Bindung an gesetzliche Beweisregeln	1186
2. Bindung an Denk-, Natur- und Erfahrungsgesetze	1186
3. Nachvollziehbare Begründung	1186
4. Maßstab	1187
V. Das Urteil	1187
1. Schriftform	1187
2. Aufbau des Urteils	1187
3. Verkündung	1189
4. Nachweis der Verkündung	1191
5. Vollständig fehlende Verlautbarung	1193
VI. Entscheidungsformen	1194
1. Endurteil	1194
2. Teilurteil	1194
3. Vorbehaltsurteil	1194
4. Zwischenurteil	1194
5. Verzicht-/und Anerkenntnisurteil	1195
6. Versäumnisurteil	1195
7. Urteil im schriftlichen Verfahren nach § 7 Abs. 1 S. 2 KAGO	1195
VII. Berichtigung und Ergänzung	1195
1. Urteilsberichtigung	1195
2. Tatbestandsberichtigung	1196

Inhaltsverzeichnis

VIII. Rechtliches Gehör	1196
IX. Verbot der Überraschungsentscheidung § 43 Abs. 2	1197
1. Entscheidungserheblichkeit	1197
2. Tatsächliche und rechtliche Gesichtspunkte	1197
3. Einzelfälle	1197
3. Unterabschnitt. Besondere Verfahrensarten	
I. Vorbemerkung	1198
§ 44 Auflösung der Mitarbeitervertretung/Verlust der Mitgliedschaft in der Mitarbeitervertretung	1199
I. Bedeutung der Vorschrift	1199
II. Anwendungsbereich	1199
1. Auflösung der Mitarbeitervertretung (§ 13 Abs. 3 Nr. 6 MAVO)	1200
2. Verlust der Wählbarkeit in der Mitarbeitervertretung (§ 13c Nr. 4 Alt. 1 MAVO)	1200
3. Grobe Vernachlässigung oder Verletzung der Befugnisse und Pflichten als Mitglied der Mitarbeitervertretung (§ 13c Nr. 4 Alt. 2 MAVO)	1201
III. Klagefristen	1202
IV. Klagebefugnis	1203
§ 44a Verlust der Mitgliedschaft in einer Kommission nach Art. 7 GrO	1204
I. Bedeutung der Vorschrift	1204
II. Anwendungsbereich	1205
1. Kommissionen nach Art. 7 GrO	1205
2. Amtsenthebung bzw. Feststellung des Verlustes der Mitgliedschaft	1206
III. Klagebefugnis	1207
1. Die Hälfte der Mitglieder einer Kommission	1207
2. Mehrheit der Mitglieder einer Seite	1208
IV. Klagefrist	1208
§ 44b Wahlprüfungsklage	1208
I. Bedeutung der Vorschrift	1208
II. Anwendungsbereich	1209
1. Ungültigkeit der Wahl einer MAV oder eines MAV-Mitglieds ...	1209
2. Feststellung der Ungültigkeit der Wahl einer Kommission nach Art. 7 GrO oder eines Mitarbeitervertreters einer Kommission nach Art. 7 GrO	1210
III. Klagefrist	1212
§ 45 Organstreitverfahren über Zuständigkeit einer nach Artikel 7 GrO gebildeten Kommission	1212
I. Bedeutung der Vorschrift	1212
II. Streitgegenstand – Organstreitverfahren	1213
III. Beteiligungsfähige Kommissionen	1213
IV. Beschlussquorum	1213

2. Abschnitt. Verfahren im zweiten Rechtszug

§ 46 Anwendbares Recht	1214
§ 47 Revision	1215
I. Revision zum KAGH	1215
II. Revisionsgründe	1216
1. Grundsätzliche Bedeutung einer Rechtssache	1216
2. Abweichung von anderen Entscheidungen	1217
3. Verfahrensmängel	1217
III. Nichtzulassungsbeschwerde	1217
§ 48 Nichtzulassungsbeschwerde	1218
I. Beschwerdeberechtigte	1218
II. Fristen	1219
1. Einreichung der Beschwerde	1219
2. Fristberechnung	1219
3. Begründung der Beschwerde	1220
III. Beschluss des KAGH	1220
§ 49 Revisionsgründe	1220
I. Verletzung einer Rechtsnorm	1221
II. Revisionsgründe	1222
1. Vorschriftwidrige Besetzung des erkennenden Gerichts	1222
2. Mitwirkung eines kraft Gesetzes ausgeschlossenen oder eines befangenen Richters	1222
3. Versagung des rechtlichen Gehörs	1223
4. Verstoß gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit	1223
5. Fehlen der Urteilsgründe	1224
§ 50 Einlegung der Revision	1224
§ 51 Revisionsentscheidung	1226

3. Abschnitt. Vorläufiger Rechtsschutz

§ 52 Einstweilige Verfügung	1228
I. Systematik und Bedeutung der Norm	1228
II. Verfügungsarten	1229
1. Sicherungsverfügung	1230
2. Regelungsverfügung	1230
3. Leistungs- oder Befriedungsverfügung	1230
III. Voraussetzungen für den Erlass einer einstweiligen Verfügung	1231
1. Antrag	1231
2. Verfügungsanspruch	1232
3. Verfügungsgrund	1233
4. Glaubhaftmachung	1235
IV. Verfahren	1236
1. Verfügungsgesicht	1236
2. Alleinzuständigkeit des Vorsitzenden	1237
3. Rechtliches Gehör	1237
V. Rechtsmittel	1238

Inhaltsverzeichnis

VI. Keine Zwangsvollstreckung	1238
VII. Kosten des Verfahrens	1239

4. Abschnitt. Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen

§ 53 Vollstreckungsmaßnahmen	1239
I. Überblick	1240
II. Parallele Rechtsnormen	1241
III. Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	1241
1. Allgemeine Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen	1241
2. Vollstreckungsmaßnahmen	1242
IV. Fazit	1244
§ 54 Vollstreckung von Willenserklärungen	1245
I. Überblick	1245
II. Parallele Rechtsnormen	1245
III. Fiktion der Abgabe der Willenserklärung	1245
1. Rechtsfolge	1245
2. Voraussetzung	1246
IV. Praxisempfehlung	1246

5. Abschnitt. Beschwerdeverfahren

§ 55 Beschwerde	1246
I. Systematik und Bedeutung der Norm	1247
II. Verweis aus ArbGG und ZPO	1248
III. Statthaftigkeit	1248
1. Prozessleitende Entscheidung	1249
2. Keine Unanfechtbarkeit der Entscheidung	1250
3. Vollstreckungsmaßnahmen	1251
4. Einstweilige Verfügung	1251
IV. Einlegung der Verfahrensbeschwerde	1252
1. Beschwer	1252
2. Frist	1252
3. Form	1252
4. Keine aufschiebende Wirkung	1253
V. Entscheidung über die Verfahrensbeschwerde	1253
1. Abhilfeentscheidung	1253
2. Entscheidungen durch den Kirchlichen Arbeitsgerichtshof	1254

Vierter Teil. Schlussvorschriften

§ 56 Inkrafttreten	1255
---------------------------------	-------------

Kirchliche Datenschutzgerichtsordnung (KDSGO)

Einleitung	1257
I. Der verfassungsrechtliche Rahmen des kirchlichen Datenschutzrechts; Kirchliche Selbstbestimmung	1257
II. Gesetzgebungsverfahren	1258
III. Grundsätzlicher Ausschluss staatlichen Rechtsschutzes	1259
IV. Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes	1259

V. Auslegung der KDSGO	1259
VI. Kein spezieller gerichtlicher Rechtsschutz in Datenschutzangelegenheiten vor dem Inkrafttreten von KDG und KDSGO	1261
VII. KDSGO und eine allgemeine kirchliche Verwaltungsgerichtsbarkeit	1261
Präambel	1262
I. Aufbau der Präambel	1262
II. KDSGO-Gesetzgebung	1262
III. KDSGO und KAGO	1264
IV. Selbstbestimmte Selbstbindung	1265
V. Kirchliches Regelungsinteresse	1265
§ 1 Errichtung Kirchlicher Gerichte in Datenschutzangelegenheiten	1267
I. Gerichtsbarkeit in der katholischen Kirche	1268
II. Datenschutzgerichte	1268
1. Errichtung	1268
2. Gerichtsherr	1268
3. Amtszeit	1270
4. Dekret der Apostolischen Signatur	1270
III. Instanz	1272
§ 2 Sachliche Zuständigkeit und Verfahrensvorschriften	1273
I. Zuständigkeit Kirchliche Gerichte in Datenschutzangelegenheiten	1274
1. Grundsatz (§ 2 Abs. 1 S. 1)	1274
2. Keine Normenkontrolle	1281
3. Altfälle	1281
II. Erstinstanzliches Verfahren; Zuständigkeit Interdiözesanes Datenschutzgericht Köln	1283
1. Bisher ein Interdiözesanes Datenschutzgericht Köln	1283
2. Auf Antrag (§ 2 Abs. 2 S. 1)	1284
3. Prüfungsgegenstand IDSG (1. Alternative): vorangegangene Entscheidung der Datenschutzaufsicht	1288
4. Prüfungsgegenstand IDSG (2. Alternative): gerichtliche Entscheidung gegen den Verantwortlichen.	1289
5. Prüfungsgegenstand IDSG (3. Alternative): gerichtliche Rechtsbehelfe gegen kirchlichen Auftragsverarbeiter	1291
III. Mögliche Antragsteller (§ 2 Abs. 2 S. 2)	1292
1. Grundsatz	1292
2. Juristische Person; Träger der Einrichtung	1292
3. Mitarbeitervertretung (MAV)	1292
4. Der einzelne handelnde Mitarbeiter als Verantwortlicher	1292
IV. Verwirkung Antragsrecht betroffene Person (§ 2 Abs. 2 S. 3)	1293
1. Verwirkung im staatlichen Prozessrecht	1293
2. Antragsfrist; Verwirkungsfiktion	1293
3. Nachweis Fristbeginn	1294
V. Frist Antrag des Verantwortlichen	1294
VI. Tatbestandswirkung Bescheide Datenschutzaufsicht	1294

Inhaltsverzeichnis

VII. Aussetzung wegen Voreigentlichkeit (§ 148 ZPO)	1294
VIII. Akteneinsicht im datenschutzgerichtlichen Verfahren	1295
IX. Zweitinstanzliches Verfahren; Beschwerde zum Datenschutzgericht der Deutschen Bischofskonferenz	1297
1. Grundsatz; Erfordernis der Beschwer	1297
2. Beschwerderecht und Art. 79 Abs. 1 DS-GVO iVm Art. 91 DS-GVO	1297
3. Instanzenzug und Art. 47 GRCh	1298
4. Instanzenzug und Kanonisches Prozessrecht	1298
X. Vorlage an EuGH (Art. 267 AEUV)	1299
§ 3 Zusammensetzung Kirchlicher Gerichte in Datenschutzangelegenheiten und Ernennungsvoraussetzungen	1300
I. Überblick	1300
II. Mitglieder des Gerichts	1301
1. Zusammensetzung	1301
2. Bindung an staatliches und kirchliches Recht	1302
3. Richterliche Unabhängigkeit	1302
§ 4 Aufbringung der Mittel	1302
§ 5 Besetzung der Kirchlichen Gerichte in Datenschutzangelegenheiten	1303
I. Übersicht	1304
II. Besetzung	1304
1. Interdiözesanes Datenschutzgericht	1304
2. Datenschutzgericht der Deutschen Bischofskonferenz	1305
III. Verteilung der Verfahren	1305
IV. Vertretung	1306
§ 6 Richter	1307
I. Übersicht	1308
II. Amtszeit	1308
III. Ernennung	1309
IV. Dienstaufsicht	1312
V. Vorzeitiges Ausscheiden eines Richters	1313
1. Rücktritt	1313
2. Amtsenthebung	1313
VI. Weitere Bestimmungen	1315
§ 7 Verfahrensbeteiligte, Bevollmächtigte und Beistände	1315
I. Beteiligte (§ 7 Abs. 1).	1316
1. Betroffene Person	1316
2. Verantwortlicher	1316
3. Kirchlicher Auftragsverarbeiter	1317
4. Zuständige Datenschutzaufsicht	1317
5. Rechtsposition der Beteiligten	1317
II. Vertretung; Rechtsbeistand (§ 7 Abs. 2)	1318
1. Recht auf faires Verfahren; Rechtsbeistand	1318
2. Recht des Rechtsanwalts	1318
3. Entzug Bevollmächtigung	1319

4. Zeuge; Rechtsbeistand	1319
III. Nachweis Bevollmächtigung (§ 7 Abs. 3)	1319
1. Originalvollmacht	1319
2. Vollmangelmangel bei Klageerhebung/Antragstellung	1320
§ 8 Verfahrenseinleitung	1320
I. Antragsbefugnis	1321
1. Einleitung erstinstanzliches Verfahren (IDSG)	1321
2. Personenbezogene Daten	1321
3. Verarbeitung	1321
4. Verletzung in eigenen Rechten	1322
II. Antragsbefugnis bei Untätigkeit der Datenschutzaufsicht	1322
1. Das datenschutzbehördliche Vorverfahren (Beschwerdeverfahren) nach dem KDG	1323
2. Unterrichtungspflicht (§ 48 Abs. 4 KDG)	1324
3. Untätigkeit der Datenschutzaufsicht (§ 8 Abs. 1 S. 2)	1325
III. Antragsfrist des Verantwortlichen	1325
1. Grundsatz: Monatsfrist	1325
2. Rechtsbehelfsbelehrung und Antragsfrist	1325
3. Zugangsnachweis	1326
§ 9 Ausschluss	1326
§ 10 KDSGO Ablehnung	1327
I. Grundsätzliches; Prinzip des gesetzlichen Richters	1328
II. Begründetes Misstrauen gegen die Unparteilichkeit (§ 10 Abs. 1)	1328
III. Amtsermittlung, Hinweispflicht (§ 139 ZPO) und Befangenheit	1329
IV. Verlust Ablehnungsrecht (§ 10 Abs. 4)	1331
V. Beschluss (§ 10 Abs. 3 S. 1)	1331
VI. Handlungen, die keinen Aufschub dulden (§ 10 Abs. 2 S. 2)	1331
VII. Selbstanzeige (§ 10 Abs. 5)	1333
§ 11 Antragsschrift	1333
I. Form des Antrags; schriftlich (§ 11 Abs. 1 S. 1 KDSGO).	1334
1. Eigenhändige Unterschrift	1334
2. Einreichung Antrag per Fax	1335
3. Einreichung Antrag in Form einer oder als Anlage zu einer E-Mail	1335
4. Elemente der Klageschrift nach kanonischem Recht	1336
II. Angabe Wohnort; Angabe ladungsfähige Anschrift	1336
III. Bezeichnung des Gegenstands der Überprüfung (§ 11 Abs. 1 S. 2 KDSGO)	1337
IV. Bestimmtes Begehren (§ 11 Abs. 1 S. 2 KDSGO)	1337
V. Einreichung der Antragsschrift bei Datenschutzaufsicht oder Gericht (§ 11 Abs. 1 S. 1 KDSGO); Fristwahrung	1338
1. Einreichung der Antragsschrift beim Gericht (IDSG Köln)	1338
2. Einreichung der Antragsschrift bei der Datenschutzaufsicht	1339
3. Fristversäumung; Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 60 VwGO analog)	1340

Inhaltsverzeichnis

VI. Angabe Tatsachen und Beweismittel (§ 11 Abs. 1 S. 3 KDSGO) und Beifügung Abschriften (§ 11 Abs. 3 KDSGO)	1342
VII. Fristwahrung bei nicht in allen Punkten dem Prozessrecht genügender Klageerhebung	1343
§ 12 Verfahren nach Eingang der Antragschrift	1343
I. Geltungsbereich	1344
II. Stellungnahme	1344
III. Beteiligung Dritter	1345
IV. Anträge	1346
§ 13 Verfahren vor dem Interdiözesanen Datenschutzgericht	1346
I. Grundsätze der Verfahrensführung	1347
II. Schriftlichkeitsprinzip	1348
III. Mündliche Anhörung	1348
§ 14 Ergebnis des Verfahrens	1349
I. Beschlussfassung	1349
II. Entscheidungsmöglichkeiten	1349
§ 15 Beschluss	1351
§ 16 Kosten des Verfahrens	1352
I. Gerichtsgebühren vor dem IDSG; Einklangsgesetz (Art. 91 Abs. 1 DS-GVO)	1352
II. Auslagenerstattung aufgrund materiell-rechtlicher Vorschriften	1354
1. Zuständigkeit der kirchlichen Datenschutzgerichtsbarkeit	1354
2. Materiell-rechtliche Vorschriften zur Auslagenerstattung; Rechtsanwaltskosten; Reisekosten	1354
III. Keine gerichtliche Vorklärung der Auslagenerstattung	1356
IV. Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen	1356
1. Zeugen	1356
2. Sachverständige	1357
3. Dolmetscher	1358
4. Ausschlussfrist	1358
§ 17 Verfahren vor dem Datenschutzgericht der Deutschen Bischofskonferenz	1358
I. Terminologie	1360
II. Beschwerdeberechtigte (§ 17 Abs. 1 S. 1)	1360
III. Beschwerdefrist; Beschwerdebeurteilung (§ 17 Abs. 1 S. 1)	1360
IV. Keine gesonderte Anfechtung der Kostenscheidung (§ 17 Abs. 1 S. 2)	1361
V. Verweisung auf Verfahrensregeln des erstinstanzlichen Verfahrens (§ 17 Abs. 2 S. 1)	1361
1. Verfahrensbeteiligte, Bevollmächtigte und Beistände (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 7)	1362
2. Verfahrenseinleitung (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 8)	1364
3. Ausschluss und Ablehnung von Richtern § 17 Abs. 2 S. 1 iVm §§ 9, 10	1365
4. Beschwerdeschrift (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 11)	1365

Inhaltsverzeichnis

5. Verfahren nach Eingang der Beschwerdeschrift (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 12)	1367
6. Verfahren vor dem Datenschutzgericht der Deutschen Bischofskonferenz (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 13)	1368
7. Ergebnis des Verfahrens (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 14)	1373
8. Beschluss (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 15)	1374
9. Kosten des Verfahrens (§ 17 Abs. 2 S. 1 iVm § 16)	1377
§ 18 Inkrafttreten	1377
Stichwortverzeichnis	1379


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG